BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Stadtbürgerschaft 18. Wahlperiode

Plenarprotokoll 4. Sitzung 27.09.11

4. Sitzung am Dienstag, dem 27. September 2011

Inhalt

	gänge gemäß § 21 der Geschäftsordnungne Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	
Fraç	gestunde	
1.	Bauliche Situation am Kinder- und Familienzentrum Hohentor Anfrage der Abgeordneten Dr. Schlenker, Frau Dr. Mohammadzadeh, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. August 2011	. 52
2.	Verkürzte Schulzeit für behinderte Schülerinnen und Schüler an einzelnen Ganztagsschulstandorten? Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Kappert-Gonther, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. August 2011	
3.	Standesamt 2.0 Anfrage der Abgeordneten Fecker, Dr. Kuhn, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. August 2011	54
4.	Übernahme der Auszubildenden im Klinikverbund Gesundheit Nord Anfrage der Abgeordneten Bensch, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 31. August 2011	55
5.	Rosenak-Haus langfristig absichern Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 5. September 2011	57
6.	Bürgerarbeit Anfrage der Abgeordneten Frau Bernhard, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 6. September 2011	58

7.	Lebensmitteleinzelhandel im Technologiepark Universität Anfrage der Abgeordneten Kottisch, Tschöpe und Fraktion der SPD vom 13. September 2011	59
8.	Umbaumaßnahmen am Bürger- und Sozialzentrum Huchting Anfrage der Abgeordneten Frau Bernhard, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 19. September 2011	60
9.	Teilhabepaket Anfrage der Abgeordneten Tuncel, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 19. September 2011	31
10.	Beschilderung der ÖVB-Arena Anfrage der Abgeordneten Kastendiek, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. September 2011	32
11.	Zukunft des Pilotprojekts Quartiersbus Gröpelingen Anfrage der Abgeordneten Frau Krümpfer, Tschöpe und Fraktion der SPD vom 20. September 2011	32
13.	Sachstand Bebauung Sportplatz Mühlenfeldstraße in Oberneuland Anfrage der Abgeordneten Dr. vom Bruch, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. September 2011	34
Aktı	uelle Stunde	66
Mitte	eilung des Senats vom 20. September 2011 ucksache 18/21 S)	66
Antr	nreisebusse am ZOB ag der Fraktion der CDU 24. August 2011 acksache 18/23 S)	
Abg. Abg. Abg. Abg. Abg. Abg. Sena	. Strohmann (CDU) . Saxe (Bündnis 90/Die Grünen) . Pohlmann (SPD) . Rupp (DIE LINKE) . Strohmann (CDU) . Pohlmann (SPD) . Saxe (Bündnis 90/Die Grünen) . Rupp (DIE LINKE) ator Dr. Lohse	67 68 69 71 72 73 73
Abst	timmung	75

Freie Bewegung für Menschen und Hunde Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 27. September 2011 (Neufassung der Drucksache 18/27 S vom 1. September 2011) (Drucksache 18/34 S)	
Abg. Frau Neumeyer (CDU) Abg. Frau Peters-Rehwinkel (SPD) Abg. Frau Neddermann (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Frau Vogt (DIE LINKE) Senator Dr. Lohse Abstimmung	76 77 78 79
Bebauungsplan 2411 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Osterholzer Heerstraße und Halsmühlener Straße östlich Heiligenbergstraße (Osterholzer Heerstraße Haus-Nr. 201, 201 A und 203) Mitteilung des Senats vom 6. September 2011 (Drucksache 18/28 S)	80
Soziale Stadtentwicklung absichern! Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 13. September 2011 (Drucksache 18/29 S)	
Abg. Frau Bernhard (DIE LINKE) Abg. Frau Wendland (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Reinken (SPD) Abg. Rohmeyer (CDU) Abg. Frau Bernhard (DIE LINKE) Senator Günthner Abg. Frau Bernhard (DIE LINKE) Senator Günthner Abstimmung	82 83 84 85 85 87 87
Konzept zur Abschaffung der Umweltzone vorlegen Antrag der Fraktion der CDU vom 13. September 2011 (Drucksache 18/30 S)	an
Abg. Strohmann (CDU) Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Gottschalk (SPD) Abg. Rupp (DIE LINKE)	90 91

Abg. Strohmann (CDU)	93 94
Senator Dr. Lohse	
Abg. Strohmann (CDU) zur Geschäftsordnung	96
Abstimmung	96
Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bildung	97
Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des städtischen	
Rechnungsprüfungsausschusses	97
Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 2 vom 21. September 2011	
(Drucksache 18/32 S)	97
(٠.

Entschuldigt fehlt der Abgeordnete Imhoff.

Präsident Weber

Vizepräsidentin Schön Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Hiller Schriftführerin Mahnke

Bürgermeister Böhrnsen (SPD), Präsident des Senats, Senator für kirchliche Angelegenheiten und für Kultur

Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit Jürgens-Pieper (SPD)

Senator für Inneres und Sport Mäurer (SPD)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und für Justiz und Verfassung **Günthner** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)

Staatsrat **Dr. Joachim** (Senatzkanzlei)

Staatsrätin **Friderich** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat Mützelburg (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Prof. Stauch** (Senator für Justiz und Verfassung)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.02 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffnet die 4. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit dem Stand von heute, 13.00 Uhr, entnehmen können.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten weiteren Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

- Zwischenbericht zum Finanzierungskonzept des Teilersatzneubaus am Klinikum Bremen-Mitte Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 31. August 2011 (Drucksache 18/26 S)
- Fahrradweg für die Brokhuchtinger Landstraße Antrag der Fraktion der CDU vom 27. September 2011 (Drucksache 18/33 S)
- Ortsgesetz zur Aufhebung des Ortsgesetzes über die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes "Innenstadt/Teerhof/Vordere Neustadt" (Hollerallee, Gustav-Deetjen-Allee, Rembertiring, Fedelhören, Am Wall, Altenwall, Tiefer, Wilhelm-Kaisen-Brücke, Friedrich-Ebert-Straße, Neustadtswall, Hohentorstraße, Grünenstraße, Häschenstraße, Am Deich, Bürgermeister-Smidt-Brücke, Schlachte, Hinter der Mauer, Abfahrt Stephani-Brücke, Eisenbahnstrecke Bremen-Oldenburg, Breitenweg, Beim Handelsmuseum, Bahnhofsplatz, Gustav-Deetjen-Allee, Theodor-Heuss-Allee, Findorffstraße, Eisenbahnstrecke Bremen-Hamburg, Herbststraße, Admiralstraße und Findorffstraße)

Mitteilung des Senats vom 27. September 2011 (Drucksache 18/35 S)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der November-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

- Umsetzung des Bremer Wohnungsnotstandsvertrags Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. September 2011
- Fußgängerzone Langenstraße
 Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. September 2011
- Übernahme aller Pflegekräfte nach der Ausbildung bei der Gesundheit Nord Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 19. September 2011
- Ansiedlung eines Cash & Carry-Marktes in der Überseestadt?
 Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. September 2011

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht?

Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen ein verstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 13 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die Anfrage 12 wurde zwischenzeitlich vom Fragesteller zurückgezogen.

Die erste Anfrage trägt den Titel "Bauliche Situation am Kinder- und Familienzentrum Hohentor". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Schlenker, Frau Dr. Mohammadzadeh, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Dr. Schlenker!

Abg. **Dr. Schlenker** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die aktuelle bauliche Situation des Kinder- und Familienzentrums Hohentor?

Zweitens: Verfolgt der Senat Planungen, für das Kinder- und Familienzentrum Hohentor einen anderen geeigneten Standort zu finden?

Drittens: An welchem Standort und mit welcher konzeptionellen Ausrichtung wäre ein neues Kinder- und Familienzentrum Hohentor aus Sicht des Senats denkbar?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und

Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen sind die baulichen Unzulänglichkeiten bekannt. Aktuell geht von den vorhandenen Mängeln keine Gefährdung für die Kinder aus. Die Mängel sollen dennoch in Kürze abgestellt werden, damit die Betriebsabläufe sicherer und effizienter gestaltet werden können.

Zu Frage 2: Der Senat verfolgt aktuell keine Planungen, einen anderen Standort für das Kinder- und Familienzentrum Hohentor zu finden. Angesichts der baulichen Mängel und der begrenzten Möglichkeiten, das Raumangebot und die Betriebsabläufe zu optimieren, plant der Senat einen Ersatzbau am bisherigen Standort.

Zu Frage 3: Das Kinder- und Familienzentrum Hohentor ist eine Index- und Schwerpunkteinrichtung. Viele der 100 Kinder haben aufgrund ihrer individuellen Entwicklung einen besonderen Bedarf an Förderung. Die Konzeption des Neubaus soll das berücksichtigen. Bisherige Recherchen im Ortsteil Hohentor und den angrenzenden Ortsteilen haben ergeben, dass ein Neubau am alten Standort die sinnvollste Lösung ist. Das ist die Stelle, an der heute der Spielplatz mit dem Geräteschuppen angesiedelt ist. Die Räume des neuen Kinder- und Familienzentrums Hohentor, auch die unterschiedlichen Differenzierungsräume, sollten künftig auch für andere Nutzer offenstehen. Der Senat denkt dabei zum Beispiel an Beratungsangebote für Eltern und Kinder aus dem Sozialzentrum Neustadt oder aus dem Haus der Familie. Die Planungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Schlenker** (Bündnis 90/Die Grünen): Gibt es schon ein zeitliches Fenster, wann mit den Baumaßnahmen begonnen wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Einerseits hängt das natürlich von den nahenden Haushaltsberatungen ab. Wir haben aber das Thema auf unserer internen Prioritätenliste, die wir auch noch einmal in der Deputation diskutieren werden, sehr weit nach oben gezogen. Wir wollen das Thema aber schnell angehen, denn die Realisierung eines Neubaus, auch wenn er am gleichen Standort ist, wird eine Zeit dauern. Die Expertinnen und Experten gehen von min-

destens zwei Jahren aus, bis der Neubau komplett steht und eingeweiht werden kann.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Schmidtke! - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Frau Senatorin, Sie sprachen soeben davon, dass Sie im Auge haben, dass in dem Familienzentrum gehäuft Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, das heißt mit entsprechendem Förderbedarf, sein werden. Wie bereiten Sie die Räume auf den Bedarf dieser Kinder besonders vor?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Das werden wir bei einer Ausschreibung berücksichtigen. Es wird eine zwingende Voraussetzung sein, dass die Einrichtung barrierefrei ist, das entspricht dann ohnehin den neuesten baurechtlichen Anforderungen. Wir werden dabei auch, so weit es geht und es die finanziellen Möglichkeiten es zulassen, die Wünsche des pädagogischen Personals mit einbeziehen. Es gibt ja Erfahrungswerte von anderen Einrichtungen, die wir neu errichtet haben, und wir haben ja bereits jetzt schon Kinder da, die andere Zugänge brauchen und für die wir auch andere Möglichkeiten der Betreuung und Differenzierung brauchen. Das werden wir dort mit einbeziehen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Frau Senatorin, das hört sich alles sehr sinnvoll und im Grunde genommen auch logisch an, wenn wir an die UN-Konvention denken, die ja die kleinen Kinder im Kindergarten nicht ausschließt, sondern sehr bewusst auch mit einschließt. Wird dann diese Ausrichtung, die mir übrigens sehr gut gefällt, auch Maßstab für die Herrichtung anderer städtischer Kindergärten sein?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Ja, das ist natürlich die Maßgabe. Wenn wir neu bauen, werden wir auch barrierefrei bauen, und wir achten darauf, dass wir natürlich eine Einrichtung im Stadtteil schaffen, die allen Kindern zugänglich ist. Bisher haben wir eine Schwerpunktsetzung, dass wir spezialisierte Einrichtungen mit dem entsprechenden Fachpersonal haben. Um das flächendeckend anbieten zu können, haben wir im Augenblick nicht das Personal. Ich denke aber, dass wir in jedem Stadtteil ein sehr gutes Angebot bieten können.

Präsident Weber: Frau Senatorin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff "Verkürzte Schulzeit für behinderte Schülerinnen und Schüler an einzelnen Ganztagsschulstandorten": Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Kappert-Gonther, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Kappert-Gonther!

Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonther** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Gibt es in Bremen Schulen, an denen Schülerinnen und Schüler aufgrund ihrer Behinderung an inklusiven Ganztagsschulen grundsätzlich oder an einzelnen Tagen früher den gemeinsamen Unterricht beenden müssen als ihre nicht behinderten Klassenkameradinnen und Klassenkameraden?

Zweitens: An welchen Schulstandorten ist das der Fall, und welche Gründe liegen hierfür vor?

Drittens: Welche Planungen verfolgt der Senat, um sicherzustellen, dass diese Schülerinnen und Schüler zukünftig gemeinsam mit ihren nicht behinderten Klassenkameradinnen und Klassenkameraden bis zum Ende der regulären Schulzeit unterrichtet werden können?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1 und 2: An zwei Bremer Schulen, der Oberschule an der Julius-Brecht-Allee und der Oberschule Findorff, kam es bei der Umstrukturierung der Beschulung der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung von der kooperativen Beschulung zur inklusiven Unterrichtung zum Schuljahresbeginn zu Schwierigkeiten bei der Stundenplanung für die Gestaltung des Ganztagsunterrichts. Diese ergaben sich aus der unterschiedlichen Stundenplangestaltung der Ganztagsangebote der Oberschulen und des Förderzentrums Am Rhododendronpark und führten dazu, dass an diesen Schulen behinderte Schülerinnen und Schüler nicht im vollen Umfang an den Ganztagsangeboten teilnehmen konnten.

Die aufgetretenen Schwierigkeiten wurden durch Nachsteuerung ausgeglichen, sodass an diesen Schulen inzwischen alle Schülerinnen und Schüler im vollen Umfang im Ganztagsbetrieb beschult werden können.

Zu Frage 3: Für das kommende Schuljahr werden detaillierte Berechnungsgrundlagen entwickelt, die für alle Schulen transparente und sichere Planungsparameter darstellen. Damit gewährleistet die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit Planungssicherheit zum einen für die Schulen zur Gestaltung der Stundenpläne, zum anderen für die betroffenen Eltern. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, wir sind sehr froh wegen der Nachsteuerung! Vielen Dank!)

Präsident Weber: Frau Senatorin, Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema "Standesamt 2.0". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Fecker, Dr. Kuhn, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Fecker!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat das in Bremerhaven gestartete digitale Standesamt, in dem Geburten, Eheschließungen, Lebenspartnerschaften und Sterbefälle künftig nicht mehr in Papierform, sondern elektronisch in den Personenstandsregistern beurkundet werden?

Zweitens: Plant der Senat die Einführung eines digitalen Standesamtes auch in Bremen, und wenn ja, welche Voraussetzungen müssen dafür geschaffen werden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat begrüßt die Umstellung auf eine elektronische Registerführung. Dies dient der Verwaltungsvereinfachung und verbessert den Bürgerservice. Zu Frage 2: Die Arbeiten für die Einführung des digitalen Standesamtes sind auch in Bremen nahezu abgeschlossen. Im Standesamt Bremen-Nord wird die elektronische Registerführung bereits seit dem 22. August 2011 erfolgreich erprobt. Im Standesamt Bremen-Mitte erfolgt die Umstellung im Oktober dieses Jahres. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Fecker, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, welche Kosten kommen auf die Stadt Bremen zu? Ich glaube, es wird einmalige Anschaffungskosten geben und jährliche.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ja, leider ist das nicht ohne Kosten zu haben. Die einmaligen Kosten liegen bei 200 000 Euro und die laufenden jährlichen Kosten bei 195 000 Euro.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage vom Abgeordneten Hamann! - Bitte sehr!

Abg. **Hamann** (SPD): Herr Senator, wenn ich richtig informiert bin, gibt es dieses Projekt ja seit dem Jahr 2009 in Frankfurt, und das ist dann auf ganz Hessen ausgeweitet worden. Ist der Senat im Erfahrungsaustausch mit Hessen? Gibt es eventuell die Möglichkeit, Software gemeinsam zu beschaffen, oder ist dieser Beschaffungsprozess, die Kosten haben Sie ja gerade genannt, schon abgeschlossen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Das Verfahren ist so weit abgeschlossen, dass wir in Bremen-Nord bereits im Echtbetrieb sind, und bis zum Oktober sind es ja nur noch wenige Tage. Das ist abgeschlossen, und daran ist auch jetzt nichts mehr zu ändern. Zudem haben wir Bremerhaven ja als Vorreiter, daran orientieren wir uns.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die Übernahme der Auszubildenden im Klinkverbund Gesundheit Nord. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Bensch, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Bensch!

Abg. Bensch (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die Aussage der Auszubildendenvertretung am Klinikum Bremen-Mitte, wonach die Leitung des Klinikverbunds Gesundheit Nord trotz des Fachkräftemangels in der Pflegebranche nur weniger als die Hälfte der Auszubildenden im Klinikverbund Gesundheit Nord nach Beendigung ihrer Ausbildung übernehmen möchte?

Wie bewertet der Senat, dass die Leitung des Klinikverbunds Gesundheit Nord die Forderungen der Auszubildenden nach einer Übernahme nach der Ausbildung und damit eine konzernweite Betriebsvereinbarung abgelehnt hat?

Wie will die Leitung des Klinikverbunds Gesundheit Nord sicherstellen, dass über das Jahr 2011 hinaus genügend gut ausgebildetes Pflegefachpersonal den kommunalen Kliniken zur Verfügung stehen wird?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Vor dem Hintergrund des Sanierungskurses des Klinikverbundes kann keine garantierte Zusage für alle Schulabgänger getroffen werden. Hinzu kommt, dass auch qualitative Anforderungen an die einzustellenden Bewerber gestellt werden müssen, sodass nicht jede frei werdende Stelle durch Berufsanfänger besetzt werden kann. Trotzdem gehört es zum Leitbild des Klinkverbunds Gesundheit Nord, möglichst vielen Auszubildenden ein Angebot auf Weiterbeschäftigung machen zu können.

Zu Frage 2: Die Leitung des Klinikverbunds Gesundheit Nord hat eine konzernweite Betriebsvereinbarung nicht abgelehnt, sondern sie im Gegenteil als sinnvoll für das Unternehmen und positives Zeichen für die Auszubildenden begrüßt. Es haben mehrfach Verhandlungen über eine entsprechende Betriebsvereinbarung stattgefunden. Diese sind nicht abgeschlossen. Ein nächster Verhandlungstermin findet am 10. Oktober 2011 statt.

Zu Frage 3: Im Rahmen des bestehenden Personalbedarfs werden Auszubildende fort-laufend übernommen. Die Arbeitsplätze des Klinikverbunds der Gesundheit Nord sind durch die Möglichkeiten des Personalbinnenmarktes und durch die vielfältigen Berufsmöglichkeiten für gut ausgebildetes Pflegefachpersonal sehr attraktiv. Hinzu kommt eine eben-

falls attraktive Vergütung im Vergleich zu anderen Krankenhausträgern durch die Anwendung des TVöD-K und die Zahlung einer zusätzlichen Altersversorgung. Zudem bietet der Klinikverbund ein breit gefächertes Angebot an internen Fort- und Weiterbildungen an.

Familienfreundlichkeit wird durch flexible Arbeitszeitmodelle, Teilzeitarbeit, die Gewährung von Sonderurlaub, zum Beispiel für Kinderund Angehörigenbetreuung, und weitreichende Kinderferienbetreuungen großgeschrieben. Aus dem Gesagten wird deutlich, dass der Klinikverbund sich auf vielfältige Weise auch künftig als attraktiver Arbeitgeber - nicht nur für Pflegepersonal - positioniert. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bensch** (CDU): Frau Senatorin, ich möchte bezogen auf den ersten Punkt noch einmal nachfassen! Die Frage war ja, wie der Senat die Aussage der Auszubildendenvertretung bewertet, wonach weniger als die Hälfte übernommen wird. In dem Sinn frage ich noch einmal direkt nach: Trifft es also definitiv zu, dass weniger als 50 Prozent der Auszubildenden übernommen werden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich kann Ihnen die Zahl jetzt nicht bestätigen, das würde ich gern nachher tun. Wenn Sie genaue Zahlen haben wollen, kann ich das auch gern in der Deputation beantworten. Wir sind der Meinung, dass Ausbildung an sich erst einmal vorgeht und wir möglichst viele Ausbildungsplätze anbieten. Wir haben so viele Klinikstandorte, dass gut ausgebildete Menschen, die gut geeignet sind, garantiert auch an anderer Stelle einen Arbeitsplatz finden. Es ergibt auch einen Sinn, dass wir mehr ausbilden, als wir übernehmen können. Ausbildung ist eine gute Voraussetzung, um in den Arbeitsmarkt zu kommen, und es ergibt gar keinen Sinn, bei dem Sanierungskurs im Augenblick nur eine so geringe Quote auszubilden, wie wir Möglichkeiten zur Übernahme haben. Das wäre genau falsch herum. Wir wollen den jungen Leuten eine Chance geben. Wer gut ausgebildet ist, hat im Augenblick auch eine gute Chance auf dem Pflegekräftemarkt.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bensch** (CDU): Vielleicht ist es auch die letzte, auch in Bezug auf die für mich nicht ausreichend beantwortete erste Teilfrage: Frau

Senatorin, Sie sprachen davon, dass es auch auf Qualität ankommt und somit nach Qualitätsmerkmalen entschieden wird, ob jemand übernommen wird. Da ist meine Frage: Wonach geht es? Wenn jemand eine Ausbildung bei einem Träger beginnt und die Prüfung besteht, so gehe ich eigentlich davon aus, dass auch diese Koalition, die Sie vertreten, für die Übernahme ist. Warum hat man ihn denn sonst eingestellt? Etwa, um Lücken im alltäglichen Dienst zu füllen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Abgeordneter, Sie müssen doch davon ausgehen, dass wir auch weiter nach Qualität einstellen. Jemand, der in der Ausbildung unter Umständen auch Probleme hat, wird natürlich nicht so leicht einen Arbeitsplatz finden wie jemand, der gute Noten hat. Ich wundere mich sehr, dass Sie jetzt sagen, wir sollen alle einstellen. Ich kann nicht voraussagen, wie viele eines Jahrgangs wirklich sehr gut geeignet sind und wie viele eventuell nur ausreichend geeignet sind. Das wird sich doch im entsprechenden Einstellungsverfahren dann klar durch den Arbeitgeber regeln, das ist in anderen Bereichen auch nicht anders. Insofern wundere ich mich. Wir haben bisher immer Konsens gehabt, dass wir darauf achten, nur die guten und die besten Auszubildenden zu übernehmen.

Ich finde auch, dass in der Betriebsvereinbarung durchaus so ein Element enthalten sein kann, dass man zum Beispiel, wenn man einen bestimmten Korridor hat, eine Aussage darüber trifft, bei einer bestimmten Note einzustellen. Das, finde ich, ist ein Element, aber das ist der Geschäftsführung überlassen, und die sollen das auch gern mit den jungen Leuten weiter bereden. Die jungen Leute haben auch an mich geschrieben, und ich habe sie an die Geschäftsführung verwiesen, denn ich denke, das ist ein Element des operativen Geschäfts. Ich finde es sehr gut, dass die Geschäftsführung dazu auch die Betriebsvereinbarung angeboten hat, um eine gewisse Sicherheit zu geben, aber Qualität geht selbstverständlich vor.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bensch** (CDU): Eine Bitte noch: Können Sie mir zusichern, dass wir in der Deputation einen umfangreichen Bericht mit dem Zahlenwerk und mit den Qualitätsmerkmalen bekommen?

(Senatorin Jürgens-Pieper: Ja, sicher!)

Vielen Dank!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage trägt die Überschrift "Rosenak-Haus langfristig absichern". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Dr. Mohr-Lüllmann!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die Arbeit des Vereins Rosenak-Haus e. V., der im Untergeschoss des nach dem ersten Bremer Rabbiner Leopold Rosenak benannten ehemaligen jüdischen Gemeindehauses in der Kolpingstraße 7 auf ehrenamtlicher Basis eine Gedenkstätte zur Erinnerung an die Zerstörung der Bremer Synagoge unterhält?

Welche Bedeutung misst der Senat der mit 30 000 Euro aus Projektmitteln eingerichteten Gedenkstätte zu, und wie will der Senat die angestoßene Erinnerungsarbeit langfristig absichern?

Welche Möglichkeit sieht der Senat, die bereits von verschiedenen Seiten anerkannte Arbeit des Vereins, vor allem mit Schülern, jährlich mit 20 000 Euro aus Mitteln der start Jugend Kunst Stiftung zu unterstützen, damit die wegen fehlender Mittel drohende Kündigung des Mietvertrags vermieden werden kann?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Joachim.

Staatsrat Dr. Joachim: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat begrüßt das vom Rosenak-Haus e. V. entwickelte Projekt der Erinnerungsarbeit an diesem authentischen Ort und hat dessen Realisierung gemeinsam mit den Eigentümern der Liegenschaft, dem Caritasverband Bremen e. V. und dem Sozialdienst katholischer Frauen e. V. begleitet.

Zu Frage 2: Der Senat misst der Einrichtung und dem Betrieb der Gedenkstätte einen hohen Stellenwert bei. Aus diesem Grunde wurde die Herrichtung des Kellergewölbes sowie der notwendigen Büro- und Besprechungsräume mit insgesamt 115 000 Euro unterstützt. Dieser Betrag beinhaltet Zuwendungen des Senats in

Höhe von 50 000 Euro und der Stiftung Wohnliche Stadt in Höhe von 65 000 Euro. Durch die Zuwendungen und die Vereinbarung mit den Eigentümern ist die langfristige Zugänglichkeit der Gedenkstätte gesichert. Diese schließt auch die Weiterführung der Gedenk- und Begegnungsstätte durch Dritte ein.

Von Anfang an machte der Senat gegenüber dem Verein klar, dass es sich bei der Erinnerungsarbeit des Vereins um ein zivilgesellschaftliches Projekt handelt, für das es vonseiten des Senats keine dauerhafte finanzielle Unterstützung geben wird.

Der Senat hat dem Verein allerdings angeboten, ihn beim Einwerben privater Sponsoringbeiträge zu unterstützen. Dieses bisher nicht wahrgenommene Angebot besteht weiterhin.

Die angesprochenen Projektmittel in Höhe von 30 000 Euro hat der Haushalts- und Finanz-ausschuss am 11. Dezember 2009 zur Erarbeitung einer Ausstellung bewilligt, die bereits im Dezember 2010 eröffnet werden sollte. Diese Ausstellung wurde nunmehr am 22. September 2011 eröffnet.

Zu Frage 3: Der Zweck der start Jugend Kunst Stiftung Bremen ist die Förderung des künstlerischen Nachwuchses. Da die Förderrichtlinien der Stiftung eindeutig den Fokus auf die professionelle künstlerische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen legen, ist ein Zusammenhang mit dem Profil der Arbeit des Rosenak-Hauses nicht erkennbar. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Zum dritten Teil der Anfrage: Das würde bedeuten, dass Jugend und Erinnerung nicht der Stiftungszweck dieser start-Stiftung sind. Was könnte sich denn da besser eignen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Joachim: Die Antwort ist, auch im Hinblick auf die Fragestellung, so zu verstehen, dass es sich dabei nicht um eine dauerhafte Finanzierung der Struktur eines Hauses handelt, sondern es ist eine eindeutige Festlegung, dass dies vom Senat ausgeschlossen wird.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Unser Anliegen ist ja, diese Gedenkstätte zu erhalten,

das verstehe ich auch aus Ihrer Antwort. Sie haben auch ausgeführt, dass der Senat keine dauerhafte Zuwendung sicherstellen kann, aber Sie haben gleichzeitig gesagt, eine langfristige Absicherung sei sichergestellt. Habe ich das so richtig verstanden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Joachim: Das haben Sie richtig verstanden.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Setzen Sie sich dadurch, dass Sie sich bemühen, jemanden zu finden, der das aus Drittmitteln unterstützt, wenn Sie selbst nicht aktiv werden, jetzt als Senat dafür ein?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Joachim: Das Wort Drittmittel haben Sie der Antwort nicht entnommen, sondern dass die Weiterführung durch Dritte vertraglich gesichert ist.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Also, wir können davon ausgehen, dass die Gedenkstätte Rosenak-Haus langfristig abgesichert ist?

Präsident Weber: Bitte. Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Joachim: Die Gedenkstätte ist langfristig als der Öffentlichkeit zugänglich abgesichert.

(Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Okay, vielen Dank!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema "Bürgerarbeit". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Bernhard, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Kollegin Bernhard!

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche der derzeit besetzten sogenannten Bürgerarbeits-Arbeitsplätze sind bei kommunalen Einrichtungen oder öffentlichen Mehrheitsbeteiligungen eingesetzt? Zweitens: Bei wie vielen der "Bürgerarbeits"-Stellen wird das Gehalt vom Arbeitgeber aufgestockt?

Drittens: Nach welchen Tarifen werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf den besetzten "Bürgerarbeits"-Plätzen bezahlt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Prof. Stauch.

Staatsrat Prof. Stauch: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Per 13. September 2011 sind circa 90 Prozent der derzeit besetzten Bürgerarbeitsplätze bei kommunalen Einrichtungen oder Gesellschaften mit öffentlicher Mehrheitsbeteiligung angesiedelt. Diese Quote wird sich mit den zum 1. Oktober 2011 vorgesehenen weiteren Einstellungen zunächst noch erhöhen.

Zu Frage 2: Bei allen derzeit besetzten Stellen erfolgen Aufstockungen der Fördergelder durch die Arbeitgeber.

Zu Frage 3: Bei allen Bürgerarbeitsplätzen wird tarifliches oder ortsübliches Entgelt gezahlt. Aus Gründen des Datenschutzes muss von einem Ausweis der jeweiligen zugrunde liegenden Tarife abgesehen werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE): Um wie viele Stellen handelt es sich?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Prof. Stauch: Es ist so, dass zunächst einmal neun Stellen eingerichtet wurden, ab 1. Oktober 2011 13 weitere. 53 Bürgerarbeitsplätze sind vom Bundesverwaltungsamt bewilligt. Dem Jobcenter ist insgesamt ein Kontingent von 200 Bürgerarbeitsplätzen zugewiesen, das wird beständig aufgebaut.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE): Dann habe ich es so richtig verstanden, obwohl aktuell nur neun Plätze besetzt sind, soll dieses Instrument weiter ausgebaut werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Prof. Stauch: Das haben Sie richtig verstanden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE): Wird der Senat sich in der Trägerversammlung des Jobcenters dafür einsetzen, dass die insgesamt 1,95 Millionen Euro, die beim Jobcenter Bremen für die Verwaltung der Bürgerarbeit geplant wurden, der direkten Beschäftigungsförderung zugeführt werden sollen, statt ausschließlich der Verwaltung anheimzufallen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Prof. Stauch: Der Senat wird sich dafür einsetzen. Wir werden sehen, wie letztlich die Bürgerarbeitsplätze zu verteilen sind, das ist nicht ganz einfach. Nicht alles wird im Bereich öffentlicher Beschäftigung stattfinden können. Wir sind darauf orientiert, in besonderem Maße arbeitsmarktnahe Arbeitsplätze in dem Bereich zu finden, aber das ist naturgemäß etwas beschränkt.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel "Lebensmitteleinzelhandel im Technologiepark Universität". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Kottisch, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Kottisch!

Abg. Kottisch (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Bedeutung hat aus Sicht des Senats ein auf Güter des täglichen Bedarfs ausgerichteter Lebensmitteleinzelhandel im Technologiepark Universität für die Sicherung und Steigerung der Attraktivität dieses Gebietes als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort sowie zunehmend auch als Wohnquartier?

Zweitens: Welche Sachverhalte haben die Einrichtung eines solchen Lebensmittelmarktes bislang verhindert, obwohl nach Angaben des Vereins Technologiepark Universität Bremen e. V. zwei private Investoren Interesse an diesem Projekt bekundet haben und geeignete Flächen zur Verfügung stehen?

Drittens: Welche Schritte wird der Senat unternehmen, damit das aus Sicht des Vereins Technologiepark Universität Bremen e. V. und der Universität dringend erforderliche Einzelhandelsangebot für die tägliche Versorgung der dort arbeitenden, studierenden und lebenden Menschen kurzfristig realisiert werden kann?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Technologiepark Bremen hat sich seit seinem Entstehen zu einem erfolgreichen Universitäts-, Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort entwickelt. Heute sind in diesem Gebiet neben der Universität mit fast 18 000 Studierenden rund 420 Unternehmen und Forschungsinstitute mit insgesamt etwa 10 000 Beschäftigten ansässig. Die steigende Zahl der Studierenden, die in den vorhandenen sowie in den aktuell sich im Bau befindenden Wohnheimen leben und leben werden, erfordert die Ergänzung des Technologieparks um urbane Dienstleistungen und insbesondere Möglichkeiten der Nahversorgung als notwendigen Bestandteil der zukünftigen Entwicklung.

Zu Frage 2: Durch den Bau von neuen Studentenwohnheimen im Kernbereich der Universität wird jetzt die notwendige Kaufkraft erreicht, um ein attraktives Bürogebäude mit Einzelhandelsflächen im Erdgeschoss zu entwickeln. Der von der Verwaltung favorisierte Standort ist das städtische Grundstück Universitätsallee/Ecke Enrique-Schmidt-Straße. Im Rahmen des Verkaufs des Grundstücks ist die Stellungnahme des Beirats gemäß Paragraf 9 Absatz 1 Ziffer 6 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter einzuholen. Der zuständige Beirat Horn-Lehe hat den von der Verwaltung favorisierten Standort zur Kenntnis genommen, sich jedoch eine Prüfung von Alternativstandorten erbeten.

Zu Frage 3: Dem Beirat Horn-Lehe soll im Herbst die Standortentscheidung erneut vorgestellt werden. Dabei sollen auch die Standorte dargestellt werden, die im Rahmen der Standortentscheidung untersucht, aber als nicht geeignet angesehen worden sind. Für das von der Verwaltung und der WFB, Wirtschaftsförderung Bremen GmbH, favorisierte städtische Grundstück liegen zwei Interessenbekundungen vor, sodass die Vergabe des Grundstücks nach positiver Stellungnahme des Beirats ausgeschrieben werden soll. Für das Ausschreibungsverfahren mit anschließender Gremienbeteiligung sind sechs bis acht Monate zu veranschlagen. Unmittelbar nach erfolgter Beteiligung der Gremien kann der Kaufvertrag geschlossen werden. In dem Kaufvertrag ist der Investor zu verpflichten, sein Bauvorhaben innerhalb von 24 Monaten nach Vertragsabschluss zu realisieren und den Betrieb aufzunehmen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Kottisch (SPD): Zunächst einmal vielen Dank für die ausführliche Antwort und auch für die Darstellung der Fristen, das ist nicht immer ganz selbstverständlich, und es hat mich doch sehr gefreut, dass man hier die Perspektive aufgezeigt bekommt! Ich freue mich, dass der Senat sich der Sache annimmt. Können Sie sicherstellen, dass die jetzt anstehenden Meilensteine, zum Beispiel der Moment, in dem die Ausschreibung stattfindet, in dem vielleicht auch die Vergabe stattfindet und in dem die Interessenten und Investoren sich darstellen, regelmäßig der Wirtschaftsdeputation berichtet werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ja, diese Meilensteine, die Sie gerade genannt haben, können wir sicherstellen und auch, dass wir das der Wirtschaftsdeputation berichten. Vorab geschaltet ist nur das Verfahren mit der Beteiligung der Beiräte, da geht es um alternative Standorte. Wir haben aber ein Interesse daran, und ich glaube, es ist jetzt auch möglich, die Entscheidung relativ schnell zu treffen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff "Umbaumaßnahmen am Bürger- und Sozialzentrum Huchting". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Bernhard, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist es zutreffend, dass Immobilien Bremen einen Vertragsentwurf zum Umbau des Huchtinger Bürger- und Sozialzentrums noch nicht zur Unterschrift vorgelegt hat?

Zweitens: Wenn ja, welche Gründe liegen vor, dass Immobilien Bremen der GEWOBA noch keinen Vertrag zur Umsetzung der Baumaßnahmen am Bürger- und Sozialzentrum, BuS, Huchting vorgelegt hat, obwohl bereits im Frühjahr die Vorplanungen sowie das Konzept zum Umbau des BuS vorgestellt wurden?

Drittens: Wie beurteilt der Senat den daraus resultierenden Sachverhalt, dass durch die

fehlende Vertragsvorlage sich der Beginn der Umbaumaßnahmen am BuS verzögert und der vorgesehene Baubeginn in 2012 offenbar nicht gehalten werden kann?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Mützelburg. Herr Staatsrat, könnte es sein, dass es die letzte Anfrage ist, die Sie hier in diesem Parlament beantworten?

Staatsrat Mützelburg: Es ist, ehrlich gesagt, auch die erste.

(Heiterkeit)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Die Beauftragung der GEWOBA mit der Planung, der Baudurchführung und der Bewirtschaftung des Geländes des Bürger- und Sozialzentrums Huchting soll in einem gestuften Verfahren erfolgen. In Kürze wird der jetzt vorliegende Planungsvorvertrag zwischen Immobilien Bremen und GEWOBA unterschrieben werden. Dieser Vertrag dient der Erarbeitung der Entscheidungsunterlage Bau entsprechend den Richtlinien für Bauaufgaben der Freien Hansestadt Bremen, das ist der sogenannte ES-Bau. In diese Unterlage geht auch die Kostenermittlung ein.

Der endgültige Vertrag über die Baudurchführung und die Bewirtschaftung wird derzeit von einer Rechtsanwaltskanzlei erarbeitet. Er soll noch im Jahr 2011 unterzeichnet werden. Dieses gestufte Verfahren hat unter anderem die Konsequenz, dass die Kostenermittlung vorliegt und dass diese Kostenermittlung auch genutzt werden kann, um, sobald die Höhe der Kosten feststeht, die Kosten endgültig zu bestimmen und vertraglich festzulegen.

Zu Frage 3: Eine Verzögerung oder ein Versäumnis der Immobilien Bremen liegt nicht vor; der in der Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2011 angekündigte Baubeginn im Jahr 2012 ist nicht gefährdet. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE): Zunächst einmal möchte ich sagen, ich würdige diesen historischen Augenblick, ich finde es jedenfalls beeindruckend, dass es Ihre erste und dann wahrscheinlich auch letzte Anfrage war. Im Übrigen freut es mich natürlich, dass dieser Bau nicht verzögert wird. - Vielen Dank!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift "Teilhabepaket". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Tuncel, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Tuncel** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass Elternvereine, die nach der Beitragsordnung Elternbeträge erheben, wie zum Beispiel sozialpädagogische Spielkreise oder offene Horte, den Verwaltungsaufwand für das Teilhabepaket, wie das Einsammeln der sogenannten blauen Karten, die Datenerhebung, die Antragseinreichung beim Amt für Soziale Dienste und so weiter, nicht vergütet bekommen?

Zweitens: Plant der Senat, zumindest einen Teil der finanziellen Mittel, die der Bund aus dem Teilhabepaket an die Länder überweist, an die Träger weiterzureichen, damit darüber der Verwaltungsaufwand gedeckt werden kann?

Drittens: Welche Gründe lagen vor, dass die Träger über das Verfahren im Umgang mit dem Teilhabepaket nicht nur sehr spät informiert wurden, sondern auch noch wechselnde Informationen erhielten und die Elternvereine bis heute noch keine schriftlichen Informationen darüber erhalten haben?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat setzt das Bildungs- und Teilhabepaket nach dem SGB II mit dem Anspruch um, möglichst allen jungen Menschen mit Anspruchsberechtigung die Leistungen zugänglich zu machen, die ihnen zustehen. Zugleich hat der Senat den Anspruch, die bundesgesetzlichen Vorgaben mit möglichst wenig bürokratischem Aufwand einzuhalten. Der Senat erkennt den Aufwand an, der von freien Trägern der Jugendhilfe und anderen Anbietern erbracht wird. Er sieht aber keine Möglichkeit, ihn im Rahmen des SGB II zu vergüten. In Gesprächen mit den Trägern der freien Jugendhilfe hat die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen zugesagt, dass die Verwaltung weitere Vereinfachungen in der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes anstreben wird.

Zu Frage 2: Ein Verwaltungsaufwand kann nach dem SGB II in Bremen nur vom Jobcenter, Schulen und dem Amt für Soziale Dienste geltend gemacht werden. Mit den Trägern der freien Jugendhilfe wurde vereinbart, dass sie ihren Mehraufwand ermitteln und diesen der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen zur Kenntnis bringen werden. Es soll dann geprüft werden, ob außerhalb der Regelungen zum SGB II wenigstens eine Teilentlastung für die freien Träger erreicht werden kann.

Zu Frage 3: Die Verfahrensregelungen für verschiedene Leistungserbringer konnten nur verzögert erarbeitet werden, weil das Gesetz spät in Kraft trat und Verwaltungsvorgaben des Bundes zunächst fehlten. Für Elternvereine sollte der Aufwand möglichst gering bleiben. Wegen der Schnittstelle zu Leistungsansprüchen nach dem SGB VIII wurde für sie deshalb ein abweichendes Verfahren entwickelt. Das hat nochmals eine gewisse Verzögerung verursacht.

Die Träger der Kindertagesbetreuung wurden in den Sitzungen der zuständigen Arbeitsgemeinschaft nach Paragraf 78 SGB VIII fortlaufend über das Bildungs- und Teilhabepaket informiert. Die Beratungsstellen der Elternvereine erhielten am 13. August 2011 Informationen über Verfahren und Zuständigkeiten, die sie für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes benötigen. Zusätzlich wurden die Elternvereine beim Paritätischen Wohlfahrtsverband in einer Veranstaltung am 22. August 2011 darüber informiert. Eine schriftliche Handreichung wird zurzeit erarbeitet. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Tuncel** (DIE LINKE): Bremen hat schon seit Langem kostenloses Essen für arme Kinder in Kitas und Krippen bereitgestellt. Dafür erhält Bremen Geld vom Bund. Was macht Bremen mit dem Geld, das in der Vergangenheit dafür ausgegeben worden ist? Kann ein Teil davon an Vereine und Institutionen weitergegeben werden, damit der Verwaltungsaufwand finanziert werden kann?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Herr Tuncel, das Geld, das wir für das kostenlose Mittagessen bekommen, ist zweckgebunden. Das dürfen wir dann nicht einfach weiterreichen, sondern wir haben konkrete Spielregeln vom Bund vorge-

geben bekommen, die wir einhalten. Wir sorgen aber dafür, dass das Essen bei den Eltern-Kind-Gruppen - das war ja der Kern, nach dem Sie gefragt haben - auch beitragsfrei ist, wenn die Eltern anspruchsberechtigt sind. In der letzten Woche haben wir uns extra noch einmal mit einigen größeren freien Trägern getroffen. Wir haben auch schon Gespräche mit den Elternvereinen geführt, beim Paritätischen Wohlfahrtsverband steht noch ein Gespräch aus, mit den freien Elternvereinen hatten wir bereits ein Gespräch. Wir sind am Ball, damit das Verfahren vereinfacht wird.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage befasst sich mit dem Thema "Beschilderung der ÖVB-Arena". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Kastendiek, Röwekamp und Fraktion der CDU!

Bitte, Herr Kollege Kastendiek!

Abg. Kastendiek (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie soll die Stadthalle Bremen, ÖVB-Arena, in Zukunft auf Wegweisern und Straßenschildern im öffentlichen Raum beschildert werden?

Sofern ein Austausch alter Schilder, Stadthalle, AWD-Dome, Bremen-Arena, geplant ist, bis wann soll dieser erfolgen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Mit der Unterzeichung des Namenssponsoringvertrags mit der Öffentlichen Versicherung Bremen, ÖVB, zum 1. September 2011 trägt die ehemalige Bremen-Arena den neuen Namen ÖVB-Arena.

Alle Hinweisschilder mit der Bezeichnung Bremen-Arena werden auf den neuen Schriftzug ÖVB-Arena angepasst. Weitere Anpassungen sind nicht erforderlich, da das Piktogramm nicht geändert wird. Die Umsetzung erfolgt durch das Amt für Straßen und Verkehr und soll Ende Oktober 2011 abgeschlossen sein. Das touristische Wegeleitsystem wird in den nächsten Tagen durch die WFB auf den neuen Namen ÖVB-Arena umgestellt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Was kostet die Umstellung, und wer trägt die Kosten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Sie wird nicht sehr teuer sein, Herr Kastendiek, 10 000 bis 20 000 Euro. Sie ist jedenfalls im Vergleich zu der Summe, die die WFB einnimmt, notwendig und zugleich vernachlässigenswert. Ich glaube, sie liegt bei, ich sage es Ihnen jetzt so, ich weiß es nicht ganz genau, 15 000 bis 20 000 Euro.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Staatsrat, Sie müssen nicht hinter jeder Nachfrage sofort irgendetwas Böses vermuten, ich wollte es einfach nur wissen!

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ich wollte es Ihnen auch einfach nur sagen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die elfte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Zukunft des Pilotprojekts Quartiersbus Gröpelingen.** Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Krümpfer, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Krümpfer!

Abg. Frau **Krümpfer** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie sind die bisherigen Erfahrungen des Senats mit dem Pilotprojekt des Quartiersbusses Gröpelingen, der Buslinie 82?

Zweitens: Wie haben sich konkret die Nutzerund Nutzerinnenzahlen der Buslinie 82 seit dem Start am 1. April 2011 entwickelt?

Drittens: Wann entscheidet der Senat über die feste Einrichtung der Buslinie 82, und wie will er gegebenenfalls die Finanzierung des Quartiersbusses darstellen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Erfahrungen der BSAG in den ersten sechs Betriebsmonaten zeigen, dass im Fahrtablauf noch Probleme mit dem ruhenden Verkehr auftreten, das heißt, die für den Busbetrieb eingerichteten Einschränkungen reichen an einigen Stellen noch nicht aus; vor allem ist die Einhaltung der Halteverbote häufig nicht gegeben. Ferner kommt es bei den verkehrsberuhigenden Einbauten bereits bei mittleren Fahrzeugbesetzungen zum Aufsetzen und damit auch zu Beschädigungen des Fahrzeugs. Die neu eingerichteten Haltestellen genügen überwiegend noch nicht den Erfordernissen der Richtlinie zum barrierefreien Bauen und müssten für einen Dauerbetrieb entsprechend ausgebaut werden. Das eingesetzte Fahrzeug vom Typ "Sprinter", zwölf Sitzlätze plus zwölf Stehplätze, ist zu bestimmten Zeiten am Rande seiner Kapazität, zu anderen Zeiten deutlich unter seiner Kapazitätsgrenze.

Zu Frage 2: Die Nachfrage wurde an mindestens fünf Werktagen und einem Sonnabend pro Monat - in der Regel jeweils einer zusammenhängenden Woche - erfasst. Neben der täglichen Gesamtzahl der Fahrgäste sind auch Aussagen zu deren Verteilung über den Tag, zur Inanspruchnahme der einzelnen Haltestellen sowie zur Fahrzeugbesetzung und Platzausnutzung möglich. Bislang sind Zählungen der Monate April bis August ausgewertet worden. Insoweit handelt es sich bis dato um vorläufige Ergebnisse.

Insgesamt ist festzustellen, dass es mit Ausnahme von Tagesrandzeiten nahezu keine Leerfahrten auf der Linie 82 gibt. Die Linie wird im Durchschnitt täglich von circa 350 Fahrgästen genutzt. Dabei ist die Nachfrage über den Tag in etwa gleich verteilt, wobei in den Schulferienzeiten der Vormittagsbereich etwas schwächer ausfällt. Die Haltestellen Gröpelingen, 144 Einsteiger/92 Aussteiger, Schwarzer Weg, 60 Einsteiger/63 Aussteiger, und Lindenhofstraße, 17 Einsteiger/80 Aussteiger, werden am stärksten genutzt. An allen anderen Haltestellen sind prinzipiell ebenso viele Ein- wie Aussteiger festzustellen. Infolgedessen ist eine gleichbleibende Fahrzeugbesetzung über den gesamten Linienweg gegeben, die im Mittel bei acht Personen liegt. Bezogen auf das oben genannte eingesetzte Fahrzeug liegt der Platzausnutzungsgrad somit über den ganzen Tag bei rund 30 Prozent. Vollbesetzungen des Fahrzeugs konnten lediglich vereinzelt festgestellt werden. Insgesamt konnte bei nahezu allen erfassten Fahrten jedem Fahrgast ein Sitzplatz angeboten werden.

Zu Frage 3: Gemäß den zwischen ZVBN und BSAG getroffenen Verabredungen soll im November 2011 nach Auswertung der dann vorliegenden Zählungen über den Weiterbetrieb der Linie 82 unter Berücksichtigung der fachlichen, technischen und finanziellen Aspekte beraten werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Krümpfer, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Frau **Krümpfer** (SPD): Herr Senator, teilen Sie mit mir die Auffassung, dass es nach den ursprünglichen Annahmen vor dem Start ein Erfolg für die Gröpelingerinnen und Gröpelinger ist, die somit mehr am gesellschaftlichen Leben im Stadtteil teilnehmen können, mehr ärztliche Versorgung in Anspruch nehmen können und auch die Nahversorgung der Betriebe im Stadtteil stärker wahrnehmen können?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich kenne die ursprünglichen Annahmen nicht, deshalb kann ich Ihnen nicht sagen, ob die empirischen Beobachtungen jetzt ein Erfolg oder ein Misserfolg gegenüber den ursprünglichen Annahmen sind. Ich stimme Ihnen zu, dass der Bus sich segensreich in dem Sinn auswirkt, wie Sie es in Ihrer Frage formuliert haben.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Krümpfer** (SPD): Herr Senator, teilen Sie mit mir die Auffassung, dass sich die errechneten Zahlen, die sich nach Ihren Ausführungen über fünf Monate darstellen - wobei von diesen fünf Monaten acht Wochen Ferien waren, das heißt, dass der Schülerbetrieb gar nicht in Gänze erfasst worden ist -, durch die Schlechtwettermonate Oktober bis März, in denen eigentlich die Fahrgastzahlen steigen, entsprechend erhöhen müssten?

Präsident Weber: Bitte. Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Prognosen sind immer schwierig, wenn sie die Zukunft betreffen, deswegen bin ich der Auffassung, wir sollten den vereinbarten Erprobungszeitraum abwarten und dann die Ergebnisse auswerten.

Präsident Weber: Frau Kollegin, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Frau **Krümpfer** (SPD): Teilen Sie mit mir die Meinung, dass das Pilotprojekt eigentlich in den Regelbetrieb der BSAG mit aufgenommen werden sollte, und wenn ja, wird darüber nachgedacht, ob möglicherweise eine Streckenausweitung möglich ist sowie eine erhöhte Taktzahl am Nachmittag und in die frühen Abendstunden hinein?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Zur Beantwortung dieser Frage werden neben den Fragen der verkehrlichen Nachfrage und des Nutzens für den Stadtteil auch finanzielle Aspekte zu berücksichtigen sein. Es ist mit erheblichen zusätzlichen Investitionsbedarfen, auch mit zusätzlichen laufenden Betriebskosten zu rechnen, und man wird es nach Vorliegen der Ergebnisse insgesamt auswerten müssen, um dann darüber befinden zu können, ob eine Weiterführung und gegebenenfalls eine Ausweitung darstellbar ist, wie Sie es vorschlagen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie noch eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Krümpfer [SPD]: Nein, danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zwölfte Anfrage wurde zwischenzeitlich vom Fragesteller zurückgezogen.

Die dreizehnte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde bezieht sich auf den "Sachstand Bebauung Sportplatz Mühlenfeldstraße in Oberneuland". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. vom Bruch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege vom Bruch!

Abg. **Dr. vom Bruch** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welchen Sachstand hat die Absicht des Senats, das Grundstück des ehemaligen Sportplatzes an der Mühlenfeldstraße zu veräußern und dort einen Lebensmittelvollsortimenter anzusiedeln?

Welche rechtlichen Hemmnisse sieht der Senat für eine angemessene Zuwegung und Erschließung im Zuge der Umnutzung des Geländes, und welche alternativen Planungen hat der Senat gegebenenfalls für eine andere zukünftige Gestaltung dieses zentralen Bereiches in Oberneuland?

Welche Konsequenzen zieht der Senat aus dem regionalen Bürgerprotest in Oberneuland zu den bestehenden Absichten, und wie will der Senat die Forderung des Beirats nach angemessener Bürgerbeteiligung umsetzen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das Grundstück des ehemaligen Sportplatzes ist durch Immobilien Bremen öffentlich ausgeschrieben worden. Mit dem Meistbietenden haben Abstimmungsgespräche stattgefunden, ohne dass eine Vergabeentscheidung getroffen worden ist. Nach einer abschließenden Entscheidung soll ein Wettbewerb durchgeführt und das Bauleitplanverfahren fortgesetzt werden.

Zu Frage 2: Eine Baugenehmigung für die Einzelhandelsnutzung setzt deren gesicherte Erschließung voraus. Die Anbindung des Einzelhandelsgrundstücks soll über eine Straße von der Rockwinkeler Heerstraße erfolgen, die im Zuge der Beseitigung der höhengleichen Bahnübergänge in Oberneuland neu erstellt wird. Ein entsprechender Planfeststellungsbeschluss zur Realisierung dieser Straßen liegt bereits vor. Die für den Bau der Bahnübergänge und der Straßen erforderlichen Flächen befinden sich im Eigentum der Lür-Kropp-Stiftung. Aufgrund testamentarischer Bedingungen, denen die Stiftung unterliegt, ist ein Enteignungsverfahren notwendig.

Für die geplante Einzelhandelsnutzung muss die Straße gegenüber dem Planfeststellungsbeschluss geringfügig verbreitert werden, wobei die Planfeststellungsgrenze nicht überschritten wird. Die erforderliche Änderung des Planfeststellungsbeschlusses ist beim Eisenbahnbundesamt zu beantragen. Im Rahmen der ursprünglichen Planung sollte neben dem Einzelhandel auch ergänzend Wohnungsbau entwickelt werden. Aufgrund der Anforderungen an den Lärmschutz sind diese Überlegungen nicht weiter verfolgt worden. Andere Planungsalternativen werden derzeit nicht gesehen.

Zu Frage 3: Der Beirat hat der öffentlichen Ausschreibung und dem beabsichtigten Verkauf an den Meistbietenden zugestimmt. Das konkrete Nutzungskonzept und die städtebauliche Einbindung, die mittels eines städtebaulichen/architektonischen Wettbewerbs geklärt werden soll, bilden die Grundlage für die Weiterführung des Bebauungsplanverfahrens. Im

Rahmen der durchzuführenden öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfs 2370 erfolgt die weitere Beteiligung der Öffentlichkeit. Ob darüber hinaus Beteiligungsschritte erforderlich sind, wird sich aus den Ergebnissen der öffentlichen Auslegung ergeben. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Dr. vom Bruch, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. **Dr. vom Bruch** (CDU): Herr Senator, ich interpretiere Ihre Antwort als weitere Bestätigung der bisherigen Absichten, dort einen Lebensmittelvollsortimenter anzusiedeln. Verstehe ich das richtig?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Es ist so, dass der Bereich Mühlenfeldstraße als Nahversorgungszentrum mit Entwicklungsspielraum im Bereich des ehemaligen Sportplatzes mit dem Ziel ausgewiesen ist, eine kleinteilige Arrondierung herbeizuführen. Er liegt im Ortskern von Oberneuland, der neben kleineren Einzelhandelsbetrieben bereits Dienstleistungen öffentlicher Einrichtungen vorhält. Insofern sind die Planungen bisher unverändert, ja!

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte!

Abg. **Dr. vom Bruch** (CDU): Herr Senator, gelegentlich besteht in Oberneuland ein bisschen Verwirrung, zum Beispiel dann, wenn die Bürger in Publikationen Ihrer Partei lesen, ich zitiere: "Aus unserer Sicht ist die Entscheidung der Stadt, ein Einkaufszentrum auf dem Gelände des ehemaligen Sportplatzes zu errichten, falsch." Könnten Sie mir die Frage beantworten. An welche Antwort - also an Ihre oder an die Antwort Ihrer lokalen Parteifreunde sollen sich die Bürger Oberneulands halten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Wir sind momentan in Abstimmungsgesprächen innerhalb der grünen Partei, um diese Dinge zu klären.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Wer sind wir? Der Senat?)

Der Senat zusammen mit den entsprechenden fachpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktion! Wir haben entsprechende Gespräche verabredet, und ich gehe davon aus, dass wir da auch sehr bald eine Annäherung herbeiführen können.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. vom Bruch** (CDU): Herr Senator, könnten Sie mit mir dahin gehend Übereinstimmung erzielen, dass diese unterschiedlichen Einschätzungen, die es dort offensichtlich gibt, auch daher rühren könnten, dass Herr Senator Dr. Loske es trotz mehrfacher Einladung in der vergangenen Legislaturperiode nicht ein einziges Mal geschafft hat, zu diesem Thema in den Beirat Oberneuland zu kommen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Darüber fehlt mir jetzt die faktische Kenntnis, ich möchte dazu auch keine Vermutungen anstellen, aber ich selbst bin gern bereit, darüber auch Gespräche mit den Betroffenen zu führen. Ich halte das auch für notwendig. Wenn ich mir die Aktenlage ansehe, die ich hier vor mir liegen habe, dann gibt es sicher die eine oder andere Frage, die man am besten miteinander klärt.

Präsident Weber: Herr Dr. vom Bruch, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Dr. vom Bruch (CDU): Zunächst einmal danke ich Ihnen für diese Einschätzung. Ich glaube, es ist auch die Einschätzung, die vor Ort überwiegt, dass es hier sicherlich auch einmal der Präsenz des Senats in persona bedarf. Ich habe aber eine weitere Frage: Herr Senator, die Beplanung und die zukünftigen Absichten mit dem Sportplatz sind ja keine isolierte Planung in Oberneuland, sondern stehen im Zusammenhang mit der möglichen Umgestaltung der Mühlenfeldstraße, des Bahnhofs und auch dem Bau der Untertunnelungen. Wie wollen Sie dort den Zusammenhang garantieren, dass es hier zu einer ganzheitlichen Beplanung, zu einer ganzheitlichen Gestaltung kommt, sowohl inhaltlich als auch zeitlich?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich sagte ja bereits in der Antwort des Senats - jetzt muss ich gerade einmal schauen, dass mir das Vokabular nicht durcheinander gerät -:Wir haben ja bereits den Planfeststellungsbeschluss für die Beseitigung der höhengleichen Bahnübergänge in Oberneuland, das heißt, diese Dinge sind innerhalb unserer Verwaltung aufeinander abgestimmt. Das, was Sie gerade eben gefragt haben, die Tatsache, dass man es vielleicht auch noch einmal im Stadtteil bespricht, halte ich dann für den nächsten Schritt. Insofern bin ich zuversichtlich, dass uns das gelingen wird.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Nein, danke! Willkommen demnächst in Oberneuland!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, mit Beantwortung dieser Anfrage ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Neubildung eines Jugendhilfeausschusses

Mitteilung des Senats vom 20. September 2011 (Drucksache 18/31 S)

Die Wahlvorschläge sind in der Mitteilung des Senats enthalten.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Fernreisebusse am ZOB

Antrag der Fraktion der CDU vom 24. August 2011 (Drucksache 18/23 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bundesregierung strebt eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 40 Prozent bis zum Jahr 2020 an. Auf dem Weg dorthin ist die Liberalisierung des Fernbuslinienverkehrs ein wichtiger Schritt. Deshalb begrüßen wir als CDU-Fraktion diese Entscheidung außerordentlich.

Die Liberalisierung des Fernbuslinienverkehrs ist zum einen eine Antwort auf immer mehr Autos auf unseren Autobahnen, zum anderen ist es aber ein Angebot, umweltfreundlicher und vor allem auch kostengünstiger zu reisen, denn durch Fernbuslinien soll der Pkw-Verkehr zukünftig gebündelt werden. Um es auf ein Beispiel zu bringen. Wenn bisher 50 Personen zu zweit mit dem Auto fahren, wohin auch immer, können diese 50 Personen in Zukunft preiswerter und umweltfreundlicher in einem Fernbus reisen. Schon bei einer durchschnittlichen Auslastung sinken der Kraftstoffverbrauch und der CO₂-Ausstoß pro Fahrgast im Vergleich zum Pkw deutlich.

Bremen sollte aber auch darüber hinaus ein besonderes Interesse an der Liberalisierung des Fernbusverkehrs haben. Zum einen ist es unser Ziel, dass möglichst viele Bremer in Zukunft auf Elektromobilität umsteigen. Da diese E-Autos aber nur eine begrenzte Reichweite haben, muss es für längere Strecken eine Alternative zum herkömmlichen Pkw geben, und dann kann es eben auch der Bus sein. Zum anderen müssen wir auch den zahlreichen Carsharing-Nutzern eine Alternative zum teuren Individualverkehr anbieten, um auf längeren Strecken eben nicht die Notwendigkeit zu haben, ein Pkw zu benutzen. Die Liberalisierung des Fernbusverkehrs hat darüber hinaus noch einen dritten Vorteil für Bremen, es wird sich die Zahl der Städtereisenden, die mit dem Bus nach Bremen kommen, ebenfalls erhöhen.

Bremen kann also auf ganzer Linie von der Liberalisierung des Fernbusverkehrs profitieren. Es wird weniger CO₂ und weniger Autos auf den Straßen geben. Dem kleinen Mann wird eine preiswerte Alternative zum Individualverkehr angeboten. Den Bremern wird die Entscheidung, andere Möglichkeiten des innerstädtischen Verkehrs zu nutzen, leichter gemacht, und obendrein kommen mehr Touristen nach Bremen. Ich denke, diese Initiative der Bundesregierung sollte Bremen daher gern annehmen.

Damit Bremen am Ende aber wirklich von einem erhöhten Busverkehr profitiert, müssen wir etwas dafür tun. Für die Abfertigung der Busse am ZOB muss daher eine Lösung ge-

funden werden. Die Situation dort ist schon heute für die Fernreisenden unzumutbar, und mit einer steigenden Zahl ab 2012 wird es sicher nicht besser werden. Da ich dort selbst regelmäßig Freunde empfange beziehungsweise verabschiede, weiß ich, wie schwierig die Situation am Breitenweg für Reisende ist.

Erstens gibt es bei Regen keinen Unterstand, und zweitens kommt es immer wieder zu Konflikten, weil Reisende geistesabwesend auf dem Fahrradweg landen. Natürlich könnte man sagen, dass die Reisenden besser aufpassen müssen, aber einmal ganz ehrlich, keiner von uns würde sich hier wahrscheinlich besser verhalten. Versetzt man sich einmal in die Lage der Reisenden, das ist ja internationaler Verkehr, müssen sie daran denken, ob sie den Pass und genug zu essen dabei haben, wo ihre Kindern sind, und da passiert es.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Und dann kommen Fahrradfahrer!)

Ja, lieber Herr Kollege Pohlmann, sich einfach einmal zwischen 17.00 und 19.00 Uhr dort hinzustellen, sich das einmal anzuschauen und dann wirklich qualifizierte Bemerkungen zu machen, das wäre sinnvoller!

Ich habe es jetzt mehrmals dort erlebt, auch einige Kollegen aus meiner Fraktion haben das erlebt, weil sie mich da einmal abgeholt haben.

Was da los ist, da muss man ehrlicherweise sagen, dass da nicht schon mehr passiert ist, ist eigentlich ein Wunder, weil Beinaheunfälle und wüste Beschimpfungen dort leider Gottes an der Tagesordnung sind. Das kann es dann natürlich nicht sein, wenn Touristen in diese Stadt kommen und da aussteigen und dann gleich wieder verjagt werden durch Beschimpfungen. Da muss etwas getan werden.

Zusammenfassend muss ich sagen, wenn Bremen an der Liberalisierung des Fernbusverkehrs teilhaben will, wenn es einen Mehrwert davon haben will, dann müssen wir da etwas tun. Dafür muss sich am ZOB etwas ändern. Ich weiß, es ist eine ewige Geschichte, aber ich glaube, es ist eine Geschichte von Provisorien.

Wir müssen jetzt einfach den Mut haben und überlegen, was wir da machen können. Dafür haben wir Ihnen den Antrag vorgelegt. Ich begrüße es außerordentlich, dass dieser Antrag überwiesen wird und wir uns noch einmal fachkundig in der Bau- und Verkehrsdeputation darüber unterhalten und dass man wirklich diesen Weg gehen kann, denn wenn wir auch in dem Bereich abgehängt werden, glaube ich,

würde das keinem einen Nutzen bringen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das mit der Überweisung müssen wir uns, glaube ich, noch einmal anschauen. Es gibt einige Gründe, warum wir diesem Antrag nicht zustimmen können. Bei einer Reflexion über die Liberalisierung des Fernlinienbusverkehrs hilft ein Blick ins Ausland, den ich mit Ihnen wagen möchte. Langjährige Erfahrungen gibt es in Schweden, Großbritannien und den USA. Die Erfahrungen sind in etwa, eine Kannibalisierung des Schienenverkehrs findet nicht statt. Die Preise der Busse für die gleiche Strecke sind in der Regel günstiger, da hat Herr Strohmann schon recht, die Tarifsysteme manchmal aber völlig unübersichtlich.

Der Marktanteil beläuft sich in Ländern, die schon seit Jahrzehnten diesen Fernreisebusverkehr kennen, zwischen einem Prozent in den USA und sieben Prozent in Schweden, also eine Überflutung von Fernreisebussen auf dem Bremer ZOB ist in Kürze nicht zu erwarten. Der Wettbewerb wird verbessert. Der Aspekt, den Herr Strohmann angesprochen hat, den ich einmal Wohlfahrtsaspekt nennen möchte, nämlich dass sich Menschen, die sich teure ICE-Verkehre nicht leisten können, wieder Mobilität leisten können, wird eintreten, Wenn also ein Rentnerehepaar beispielsweise seine Enkel in München besuchen möchte, dann wird das mit dem ICE für viele sehr schwierig sein. Es könnte sein, dass durch gesenkte Preise mit diesen neuen Buslinien eine Verbesserung eintreten wird.

Europarechtlich ist der bestehende Monopolschutz für die Schiene ohnehin nicht aufrechtzuerhalten. Die Bahn wird sich nicht aus diesen Verkehren zurückziehen - das wird auch immer wieder befürchtet -, sondern ist mit ihrer Tochterfirma BEX einer der potenziellen big player in dem neuen Markt. Spricht also nun alles für diesen Kabinettsentwurf der schwarzgelben Regierung? Eine Reihe von Änderungsentwürfen bezeugt eher einen gewichtigen Korrekturbedarf mit Aspekten, die bislang ausgeblendet werden und uns empfindlich fehlen. Das wären zum Beispiel verpflichtende

-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Umweltstandards, Mautpflicht für Busse, Stationsgebühren, um zu vergleichbaren Wettbewerbsbedingungen mit der Bahn zu kommen. Ich spreche auch das Thema Fahrgastrechte an, auch diese müssen gewährleistet sein, und schließlich ist uns auch ganz wichtig die Betonung der Barrierefreiheit, die mir in diesem Gesetzentwurf viel zu kurz kommt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Herr Strohmann, ich sage es aber trotzdem eindeutig: Wir - da spreche ich für unsere ganze Fraktion - sind eindeutig für eine Liberalisierung des Fernreisebusverkehrs, aber nur unter den genannten Bedingungen, die bisher kaum erfüllt werden. Deswegen können wir die vom Bundeskabinett bislang beschlossene Umsetzung der Liberalisierung nicht wie im Antrag vorgeschlagen unkritisch und irgendwie lobhudelnd unterstützen. Wir fordern diese genannten Nachbesserungen im Sinne der potenziellen Nutzer, denn ein guter Preis allein genügt nicht. Nicht zu erwarten ist, wie gesagt, diese Überschwemmung mit den Fernbuslinien am ZOB, die Sie vermuten.

Sie haben aber vollkommen recht, die Situation am ZOB ist ausgesprochen schwierig, da ist manches zu verbessern. Ich weiß, das Ressort hat schon kurzfristig einige Dingen gemacht. Sie haben hier nun eine Frist gesetzt, bis wann etwas verändert werden soll, Dezember 2011.

(Abg. Strohmann [CDU]: Konzept!)

Das ist auch für ein Konzept, das merken Sie, ein bisschen mit der heißen Nadel gestrickt. Wir machen gerade Innenstadtworkshops, wir wollen ein Innenstadtkonzept vorlegen. Das wird natürlich dabei integriert werden müssen.

(Abg. Strohmann [CDU]: Dann dauert es noch 30 Jahre!)

Das dauert nicht 30 Jahre! Waren Sie bei den Workshops mit dabei? Wir sind doch auf dem guten Weg dabei. Geben Sie dem einfach noch einmal eine neue Chance!

Deshalb können wir natürlich dem letzten Punkt, weil dieser Prozess läuft, nicht zustimmen. Wir freuen uns aber weiterhin auf einen gedeihlichen Diskurs mit Ihnen, denn die Zukunft und die Verortung des Fernreisebusverkehrs sind wichtig, und die sollten wir auch gemeinsam miteinander diskutieren. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich auf der Besuchertribüne recht herzlich eine Gruppe aus dem Mütterzentrum Tenever. Seien Sie ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Strohmann hat den CDU-Antrag vorgestellt. Im Wesentlichen geht es ja im ersten Teil, das hat auch der Debattenbeitrag des Kollegen Saxe deutlich gemacht, um die Frage der Marktöffnung oder einer sogenannten Liberalisierung des Busfernverkehrs. Ich möchte aber auch, weil ich das sehr wichtig finde, noch einmal auf die Frage dieser Liberalisierung eingehen, weil Sie dann ja auch in der weiteren Darstellung Ihres Antrags damit ein Stück begründen, dass wir dann jetzt bald massenhaft Busfernreisegäste hier zu erwarten haben.

Als Erstes ist richtig genannt worden, Anfang August hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf über die Marktöffnung des Fernbusverkehrs auf den Weg gebracht. Ich möchte für uns sagen, wir schätzen ihn so ein, dass dieser einseitig und schlecht ausgerichtet ist. Ich möchte das an unterschiedlichen Punkten deutlich machen: Im eigenen Bericht der Bundesregierung zur Überprüfung der Bedarfspläne für Bundesfernstraßen und für Bundesschienenwege vom November 2010, also vor knapp einem Jahr, in dieser Ausarbeitung, die auf Bundesebene auch im entsprechenden Fachausschuss vorgelegt worden ist, sind die Verkehrsnachfragen für Busfernreisen zu 60 Prozent aus der Verlagerung von Schienenpersonennahverkehr prognostiziert worden, zweitens zu 20 Prozent von anderen Trägern des Busfernverkehrs und nur zu 20 Prozent vom motorisierten Individualverkehr.

Herr Strohmann, das bedeutet also, dass hier 80 Prozent der zu erwartenden Fahrgäste von anderen Trägern und eben nicht aus dem Bereich Pkw zu erwarten sind, und das ist eine Untersuchung, eine Darstellung auf Bundesebene der Bundesregierung. Aus diesem Grund, Herr Strohmann, ist der erste Teil Ihres Antrags, in dem Sie eben die Begründung abgeben, das haben Sie in Ihrem Wortbeitrag soeben dargestellt, wie viel CO₂-Einsparungen man hat, ein Stück falsch dargestellt. Diese These würde ich hier aufstellen. Mich würde interessieren, wie Sie diese Grundlagen sehen, die von der Bundesregierung in die Debatte eingeführt worden sind.

Für uns als SPD-Bürgerschaftsfraktion fordern wir im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Beschäftigten der Busunternehmen von der Bundesregierung deutlich Nachbesserungen, und zwar in folgenden Punkten: Mit der Öffnung des Fernbusreisenetzes droht eine weitere Ausdünnung des Angebots im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs, das ist ganz eindeutig. Ich glaube, wir haben es hier mit einem Problem zu tun - einmal in der Fläche, wenn wir ja ganz Deutschland sehen, wo wir wirklich in vielen Bereichen davon bedroht werden -, aber nicht nur dort. Wenn wir das selbst sehen, ein Stück auch einmal über unseren Tellerrand schauen. einmal Metropolregion ich sage men/Oldenburg, ich glaube, das alles würde mit dem, was hier an Liberalisierung teilweise gedacht wird auf den Weg zu bringen, bedroht werden.

Nur auf den ersten Blick ist das, was Sie dargestellt haben, also die Busfernreisen, billiger. Während ein Zug für Zug jeden Kilometer eine Maut zu zahlen hat, während ein Zug für jeden Halt Stationsgebühr zu bezahlen hat, sollen nach den Vorschlägen der Bundesregierung die Fernbusse von Abgaben befreit werden, und das ist nicht in Ordnung. Ich glaube, das ist eine klare Wettbewerbsverzerrung, und diese Verzerrung soll zulasten des Schienenverkehrs gehen. Wir fordern an dieser Stelle als SPD im Landtag, in der Stadtbürgerschaft und auf Bundesebene, dass hier die Kostenwahrheit auf den Tisch kommt und nicht bestimmte Sachen einfach nur falsch gerechnet werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich unterstütze auch das, was der Kollege Saxe gesagt hat. Entscheidender Punkt ist auch - -. Wir wissen, der 23. September war der Tag, glaube ich, an dem es die erste Beratung im Bundesrat gegeben hat und wo auch dort von Ländervertretern eingebracht worden ist, von Rot und Grün, auch von den Länderregierungen, wo sie gesagt haben, wir möchten eine Mautpflicht für Fernbusse einführen, ich glaube, das ist mehr als gerechtfertigt. Das heißt, dass wir hier eine klare Wettbewerbsverzerrung haben, so wie die Bundesregierung sie vornehmen will. Dem werden wir entgegenwirken, und das ist wichtig.

Meine Damen und Herren, es gilt zu verhindern, dass Billigangebote der Fernbusunternehmen zu Lohn- und Sozialdumping auf deutschen Straßen führen. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt, das hat bisher in dieser Debatte noch keiner gesagt. Es geht auch darum, dass die Beschäftigten bei den

Busunternehmen ordentliche Löhne und Arbeitsverträge bekommen, die auch wirklich menschenwürdig sind. Dafür stehen wir ein, und es darf hier nicht unter diesem Deckmantel der Liberalisierung hier zu einem weiteren Einbrechen in diesem Bereich kommen. Das wird es mit uns Sozialdemokraten nicht geben!

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern von der Bundesregierung, dass soziale Standards abgesichert werden. Gerade die Frage der Barrierefreiheit ist eben von meinem Vorredner schon angesprochen worden, und es ist auch vollkommen richtig, wir fordern die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention auch gerade in diesem Bereich. Das ist, glaube ich, wichtig. Wir kennen die Debatten auch gerade im Schienenpersonennahverkehr, die es gegeben hat, dass Menschen mit Mobilitätseinschränkungen auch wirklich an diesen Verkehren teilnehmen können, diese Debatte war richtig. Es ist notwendig, dass wir uns dafür einsetzen. Das heißt aber auch, dass dies auch bei den Fernreisebussen als Standard eingeführt werden soll. Das unterstütze ich, Herr Kollege Saxe, vollkommen! Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Frage.

Meine Damen und Herren, im ersten Teil, wenn es darum geht - das waren ja die ersten zwei Punkte, die im Antrag der CDU stehen -, dass wir unseren Senat, unsere Landesregierung auffordern, in diesem Bereich auf Bundesebene das zu unterstützen, was die schwarz-gelbe Bundesregierung an Liberalisierung im Busfernverkehr einführt, so kann ich nur sagen, das lehnen wir aus voller innerer Überzeugung ab!

(Glocke)

Das ist nicht der richtige Weg! Auch ich habe die für uns wichtigen Punkte angeführt, um Sozialstandards in diesen Bereichen abzusichern. Ich bitte den Senat, in dieser Richtung auch auf Bundesebene aktiv zu werden. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren, liebe

-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Kolleginnen und Kollegen! Wir werden in diesem Punkt natürlich die Erwartungen erfüllen, insbesondere der CDU-Fraktion, und uns deutlich gegen eine Liberalisierung des Bahnverkehrs -

(Abg. Strohmann [CDU]: Bus!)

des Busverkehrs! - an dieser Stelle aussprechen.

Worum geht es? Bislang ist es nach meinen Informationen so, dass es auf Strecken, die von der Bahn bedient werden, keine Fernreisebusse geben darf, ganz einfach ausgedrückt. Genau das will man jetzt ändern. Es sollen also auf denselben Strecken, auf denen jetzt im Wesentlichen Fernreisen in andere deutsche Städte möglich sind, gleichzeitig Reisebusse fahren. Es wird damit begründet, dass man damit im Wesentlichen die Autobahnen von Pkws freisetzt, das hätte eine umweltschonende Wirkung.

Ich habe mir verschiedene Gutachten angesehen. Die Gutachten der Automobilindustrie beziehungsweise der Vertreterin von motorisiertem Verkehr sagen ganz klar: Es wird so sein, dass im Wesentlichen den Pkw-Verkehr reduzieren wird. Unabhängige Gutachten sagen, dass es eher nicht der Fall sein wird, sondern eher so sein wird, dass Menschen von der Bahn auf diese Reisebusse umsteigen. Der Effekt, dass die Autobahnen von Pkws entlastet werden, ist ausgesprochen fraglich.

Es wird auch damit begründet, dass diese Maßnahme nicht nur durch den fehlenden Pkw, sondern insgesamt eine ausgesprochen umweltschonende Sache sei. Ja, es stimmt, ein voll besetzter Reisebus verbraucht letztendlich weniger Kraftstoff und belastet die Umwelt weniger mit CO2, als wenn dieselbe Menge Menschen in Autos zum selben Ziel fahren. Das sind Idealbedingungen, ich bin relativ sicher, in den wenigsten Fällen werden sie erreicht. An der ganzen Rechnung ist aber noch nicht berücksichtigt worden, und das wurde auch nicht gesagt, dass insbesondere Dieselmotoren den größten Anteil an der Luftverschmutzung, an Feinstaub und Stickoxiden haben. Genau damit haben wir in Bremen zu kämpfen.

Wenn es so ist, dass tatsächlich die Erwartungen eintreffen, dass es einen Halt für Fernreisebusse gibt, und die Fernreisebusse kommen hier sozusagen in Reihen zum Bremer Hauptbahnhof, dann haben wir ein ernstes Problem, und zwar nicht nur mit CO₂ - der Wert liegt auf langen Strecken möglicherweise sogar niedri-

ger als bei Pkws -, sondern wir werden ein Problem mit Feinstaub und Stickoxiden haben. Wenn Sie mich fragen, sollten wir das einfach nicht wollen.

Es gibt meines Erachtens überhaupt keine umweltschonendere Alternative als Fernreisen mit der Bahn,

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

insbesondere dann, wenn endlich der aktuelle Strommix weg ist und es mit regenerativen Energien gemacht wird. Das ist das Ziel, und wenn man dieses Ziel hat, darf man dieses Ziel nicht durch eine Liberalisierung des anderen Verkehrs zerstören. Dann schafft man nämlich wieder Bedingungen, die das Erreichen dieses Ziels schlecht möglich machen.

Es ist gesagt worden, wir brauchen diese Form von Wettbewerb. Es ist auch schon gesagt worden, dass, wenn man einen fairen Wettbewerb wollte, man eine Maut eingeführt hätte und dass die Fernreisebusse an den Bahnhöfen Gebühren bezahlen, so, wie die Bahn auch. Ich bin aber davon überzeugt, man will überhaupt keinen fairen Wettbewerb, man hat ein stumpfes Interesse, in irgendeiner Weise einen bestimmten Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, zu dem Reisen zählen, wieder zu privatisieren, indem man Fernreisebusse zwischen den Städten möglich macht. Das ist der Job der CDU, das wissen wir. Man muss jetzt aber nicht dafür sein, man muss diesen Unsinn nicht mitmachen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wird gesagt, es sei gut für Bremen, weil dann auch ganz viele Menschen nach Bremen kommen.

(Abg. Strohmann [CDU]: Sind ja auch!)

Ja, möglicherweise ist das so! Es wurde auch bei Ryanair gesagt, es kommen jedes Jahr Hunderttausende Touristinnen und Touristen nach Bremen. Das stimmt! Wie viele fliegen aber von hier weg? Ich würde ganz gern einmal die Bilanz sehen. Haben wir noch günstigere Städtereisen, meinetwegen nach Berlin, Oldenburg, Göttingen oder nach Kassel? Kommen möglicherweise von dort aus mehr Leute hierher? Es fahren aber möglicherweise auch mehr Menschen dorthin. Ob das ein wirtschaftliches Argument ist?

Sie sagen ja immer, es gibt einen Stau von Menschen, die unbedingt nach Bremen kommen wollen, und die wollen hier Geld ausgeben, weil sie so viel haben. Wenn wir jetzt Fernreisebusse einführen, haben sie endlich die Gelegenheit, dann kommen sie alle nach Bremen. Diese Form von Vorstellung teile ich nicht, aber Sie versuchen sie immer zu vermitteln, wenn Sie mit Ihren Touristinnen und Touristen argumentieren. Was Sie dabei immer vergessen, ist, dass dieser vermeintliche Vorteil dadurch aufgehoben wird, dass auch wieder Leute woanders hinfahren. Nur, um dieses Randproblem auch noch zu berücksichtigen!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Ist ja nicht schlimm, wenn die Leute einmal Urlaub machen!)

Ich habe gar nichts dagegen. Ich wollte nur deutlich machen, dass man die Tatsache, dass auch Leute von hier aus wegfahren, bei einer Bilanzierung der wirtschaftlichen Effekte dieser ganzen Maßnahme berücksichtigen muss. Man muss berücksichtigen, dass sie nicht nur hierher fahren, sondern auch woanders hinfahren.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Aber die, die wegfahren, wären doch nicht als Touristen hiergeblieben!)

Sie hätten möglicherweise ihr Geld hier ausgegeben.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Bremer besuchen Bremer!)

Entschuldigung, manche machen das! Wenn ich mich richtig erinnere, gab es sogar einmal eine Initiative, dass Bremerinnen und Bremer ihre Stadt besser kennenlernen und die touristisch attraktiven Zonen dieser Stadt hier kennenlernen. Ich finde, das ist eine gute Maßnahme. Vielleicht ist es auch eine umweltschonende Maßnahme, das noch einmal wieder aufzugreifen. Ich bin überzeugt davon, dass relativ viele Bremerinnen und Bremer auch als Tourist hier ganz gern einmal durch die Gegend laufen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Wir können auch die Stadtmauer wieder aufbauen! - Abg. Tschöpe [SPD]: Keiner hat die Absicht, eine Mauer zu bauen!)

Zusammengefasst: Erstens, die Liberalisierung des Busfernverkehrs ist Unsinn. Es müsste in den letzten 20 bis 30 Jahren endlich einmal die Erkenntnis durchgesickert sein, dass die Liberalisierung selten Probleme löst, insbesondere die Probleme, die angesprochen worden sind, die den sozialen Bereich betreffen. Wir sind auch überzeugt davon, dass, wenn solche Unternehmen auf den Markt drängen, es auch in anderen Bereichen sein wird, es wird nämlich zu Lohn- und Sozialdumping kommen. Das

wollen wir nicht, das kann man durch Liberalisierung nicht erreichen.

Zum Schluss weise ich darauf hin, dass ich die Ansicht teile, dass man noch einmal genau hinschauen muss, ob dieser zentrale Omnibusbahnhof die Antwort auf alle Fragen ist. Da kann man richtig hinschauen, finde ich. Da muss man möglicherweise auch die Verkehrsprobleme und die Bedenken ernst nehmen, die dort geäußert worden sind. Ich finde es richtig, dass man sich diesem Thema einmal widmet, das kann man in dem Ausschuss gut machen. Man kann einmal schauen, ob es notwendig ist, in der Richtung aktiv zu werden, damit dieser Omnibusbahnhof attraktiver und sicherer wird als bisher. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gebe ja gern zu, dass ich vielleicht zu sehr auf das Umweltökologische abgehoben und damit vielleicht auch den einen oder anderen Redner provoziert habe. Wir sind - daran will ich noch einmal erinnern - heute hier die Stadtbürgerschaft, das Kommunalparlament. Trotzdem wird auch mit diesem Antrag darauf gezielt, dass wir zwar auch über Sozialstandards und über Dinge wie die Liberalisierung innerhalb Europas diskutieren, es geht mir aber darum, dass wir uns darauf vorbereiten, wie wir auf solche Ereignisse reagieren, denn die Liberalisierung des Linienfernverkehrs wird auf alle Fälle kommen. Das werden wir wahrscheinlich nicht großartig verhindern können.

Wenn dann auch Busse nach Bremen kommen, was Sie von der Koalition ja anscheinend nicht wollen und das alles kleinreden, es wird wahrscheinlich passieren, dann geht es mir darum, wie wir darauf reagieren. Wenn ich mir die Zustände am derzeitigen ZOB ansehe - da bin ich bei dem Kollegen Rupp, er hat es zum Schluss noch einmal erwähnt -, dann muss man rückblickend sagen, dass wir, als das Ganze geplant und umgesetzt wurde, auf bestimmte Ereignisse der nächsten Jahre nicht reagiert haben. Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, dass wir diesen Busbahnhof so gebaut hätten, wie wir ihn gebaut haben, wenn wir gewusst hätten, was im internationalen Busverkehr auf uns zukommt. Das kann ich mir ehrlich gesagt nicht vorstellen. Wenn ja, spricht das ehrlich gesagt nicht für die damals Handelnden.

Es geht im Grunde genommen darum, dass wir dies wirklich im Auge behalten, auch aus ökologischen, aus betriebswirtschaftlichen und aus touristischen Gründen. Es stimmt eben nicht, lieber Herr Kollege Rupp, dass Ryanair für den Tourismus nichts gebracht hat. Ich kann Ihnen persönlich aus meiner unternehmerischen Erfahrung sagen: Ich bin froh, dass es Ryanair gibt, weil die Veranstaltungen, die hier in Bremen stattfinden, sehr wohl davon leben, dass Touristen aus dem Ausland hierher geflogen kommen oder mit Bussen aus Holland kommen, um den Bremer Freimarkt oder den Weihnachtsmarkt zu besuchen, und dazu beitragen, dass es den Menschen vor Ort, den Hotels und auch den gastronomischen Einrichtungen wirtschaftlich gut geht. Das ist es nämlich! Ich glaube nicht, dass ein Bremer oder ein Bremerhavener, der nach Bremen kommt, um sich die Stadt einmal anzuschauen, hier übernachtet und in ein Restaurant geht, sondern dass er abends wieder nach Hause fährt. Daher ist es schon ein Unterschied, ob es Tagestouristen oder Wochenendtouristen sind. Das müssen wir im Auge behalten, und darauf sollten wir uns vorzeitig vorbereiten.

Das Einzelhandelskonzept, lieber Kollege Saxe, das Sie angesprochen haben, ist ein gutes Beispiel, denn ich kenne wirklich noch die Diskussionen vor 20 Jahren, und so richtig weiter sind wir nicht. Wir beklagen nach wie vor die gleichen Probleme: zu wenig Flächen, zu unattraktiv und so weiter. Das kenne ich alles schon. Ende der Achtzigerjahre hatten wir diese Diskussion. Dann gibt es einmal ein paar Zufallstreffer, dann passiert etwas. So lange können wir nicht warten, damit wir in den nächsten Jahren nicht noch schlimmere Zustände bekommen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu der Frage, Herr Kollege Strohmann, die Sie soeben genannt haben, zur Entwicklung des ZOB! Zur historischen Wahrheit gehört ja, dass unter den Bausenatoren Eckhoff, Neumeyer und ganz vielen anderen auch die Situation vielfach diskutiert worden ist, weil die objektiven Problemlagen da sind. Ich finde, es war ein guter und richtiger Schritt, dass diese Koalition es in der letz-

*) Vom Redner nicht überprüft.

ten Legislaturperiode eingebracht hat, dass es eine Veränderung, einen ersten Schritt gegeben hat. Die Positionierung des Fern- und Nahverkehrs war, glaube ich, ein erster Schritt.

Ich erinnere noch einmal an die berechtigten Anliegen der Seniorenvertretung, die auch in der Deputation dabei war und die dies berechtigt eingefordert hat, gerade die Fragen der Sicherheit, die Fragen der Unterstellmöglichkeiten. All das, was Sie gesagt haben, ist richtig. Ich glaube aber, wir haben einen ersten Schritt gemacht. Darüber hinaus haben wir jetzt hier lange debattiert, ob es jetzt wirklich etwas mit der Liberalisierung wird, wenn sie denn kommt, es ist ja auch immer eine Frage, das wissen Sie! Wir haben erst am 23. September 2011 den ersten Durchgang im Bundesrat gehabt, da wird es auch noch zustimmungspflichtige Teile geben. Ich finde, es ist auch noch einmal ganz interessant, was dort im Einzelnen herauskommt. Ich glaube, wir sind noch nicht am Ende dieser Debatte. Es ist gut, dass es auch auf Bundesratsebene - das sieht man auch an diesen Sachthemen - veränderte Kräfteverhältnisse gibt.

Ich glaube, dass auch hier Menschen, die sozial und ökologisch ausgerichtet sind, jetzt die Möglichkeit haben, mit diesen Vertretern der Länder ihre Position durchzusetzen. Deshalb, sage ich einmal, ist der Drops noch gar nicht gelutscht. Es geht noch weiter.

Ich teile die Auffassung, das ist vollkommen richtig, dass es die Liberalisierung, also die Öffnung des Marktes, geben wird. Wir können uns auch nicht dagegenstellen, das ist so. Ich betone aber noch einmal, für uns ist wichtig, dass wir die sozialen Standards und die Arbeitnehmerrechte abgesichert haben wollen, aber auch die Rechte für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Das sind wichtige Punkte, und wir fordern insbesondere die Chancengleichheit.

Zu der Perspektive, Herr Kollege Strohmann, wie es bei uns in der Stadtgemeinde Bremen weitergehen soll! Ich glaube, es ist nicht nur -Sie haben soeben gesagt, das ist der Einzelhandel, Sie meinen höchstwahrscheinlich die Innenstadtentwicklung - das Einzelhandelskonzept, das ist nur ein Teilbereich, ich sage Ansgari-Quartier, sondern wir sind mitten in einer Debatte in unserer Stadtgesellschaft, wie wir die Innenstadt weiterentwickeln. Dazu gehören wichtige Bereiche, das fängt beim Rembertiring an, es betrifft die Frage, wie gestalten wir den Bahnhofsvorplatz mit dem ZOB. Wir werden auch den Bereich der Bahnhofsvorstadt weiter diskutieren, alles das passt dort hinein. Dann müssen wir uns unabhängig Gedanken machen, wie die zukünftigen Zahlen und auch Anwahlzahlen sein werden, wie viele Busse hierherkommen, wie wir die Frage mit dem ZOB in Angriff nehmen können.

Es ist doch - das gehört auch zur historischen Wahrheit - in der Vergangenheit immer am Geld gescheitert, und zwar unabhängig von den politischen Konstellationen, die hier den Senat gestellt haben. Ich glaube, wir haben den ersten Schritt als Rot-Grün gemacht, wir haben eine Veränderung zwischen Fern- und Nahverkehr herbeigeführt, das ist positiv aufgenommen worden. Dass das nicht ausreicht, ist unbestritten.

Als nächsten Schritt brauchen wir aber keine Schnellschüsse, wie Sie hier auch im Antrag dann noch formuliert haben, sondern ein langfristig angelegtes Konzept bis Dezember 2011. Das in zwei Monaten vorzulegen, glaube ich, geht einfach nicht. Das bedeutet nicht nur eine Überlastung der Verwaltung, sondern wir brauchen da auch den Dialog mit den Busunternehmen, mit den Menschen, die mit den Bussen reisen werden, und wir brauchen insbesondere auch eine Konzeption, die dann auch finanzpolitisch abgesichert ist. Dafür steht diese Koalition.

Wir binden es in die Innenstadtentwicklung ein, und wir sind gegen Schnellschüsse und werden deshalb diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Keine Sorge, ich werde mich kurz fassen, denn ich glaube, inzwischen ist fast alles gesagt worden! Ich möchte aber noch einmal hinzufügen, bei dieser Liberalisierung werden wir jetzt nicht plötzlich eine Verdoppelung des Busverkehrs erleben, sondern wenn es dazu kommt, dann wird es so ablaufen, dass vereinzelt hier und dort eine Buslinie mehr angeboten wird. Wie schon gesagt, es hat in Schweden und den USA 30 Jahre gedauert, bis man dort zwischen einem und sieben Prozent Marktanteil bekommen hat. Der Popanz, den Sie da hinten irgendwie an die Wand malen, ist zumindest in keinem anderen der Länder so geschehen, aber vielleicht haben wir da einen deutschen

Sonderweg. Es ist in keinem anderen Land bisher so passiert.

Das Bundesverfassungsgericht hat noch im Jahr 1960 diese Liberalisierung abgelehnt. Man hat damals den Schienenverkehr als eine staatstragende Aufgabe gesehen, das ist, glaube ich, heute anders. Auch die Deutsche Bahn wird sich an diesem Busverkehr mit ihrer eigenen Tochter beteiligen, sie sind eigentlich diejenigen, die schon am meisten in den Startlöchern stehen und sich darauf vorbereiten. Deswegen ist es auch eine Chance für ein integriertes Mobilitätskonzept für die Deutsche Bahn.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Zu fairen Wettbewerbsbedingungen!)

Genau! Es geht dabei um fairen Wettbewerb, und das ist eben in dem ursprünglichen Gesetzentwurf, der bisher vorliegt, nicht gegeben. Wir wollen den fairen Wettbewerb, und deswegen haben wir diese vielen sinnvollen Änderungsvorschläge gemacht.

Zum ZOB ist auch alles gesagt. Ich glaube, wir werden uns damit länger beschäftigen müssen als bis zum Dezember 2011, wie Herr Strohmann hoffte, aber ich hoffe, wir werden trotzdem ein gutes Ergebnis dabei herausbekommen. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)*): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich habe mir in dem Zusammenhang noch einmal drei Fragen gestellt, die mich einfach beschäftigen, wenn ich über die Liberalisierung des Fernbusverkehrs nachdenke. Ich habe mich gefragt: Wie viele Fahrgäste weniger kann eigentlich die Bundesbahn verkraften? Sie ist ja jetzt schon in der Situation, wo sie wirtschaftlich in einer schwierigen Lage ist und eigentlich auf jeden Fahrgast, der fährt, angewiesen ist. Wenn es fünf bis zehn Prozent weniger sind, dann geraten sie möglicherweise in eine Situation, wo es wirtschaftlich noch schwieriger wird. Ich frage mich: Wann kommt möglicherweise die Entscheidung, dass Bremerhaven und Bremen von Fernreisezügen abgehängt werden? Das ist jetzt nicht eine Frage von, ich sage einmal, 40, 50 Prozent Fahrgastverlust, ich befürchte, das ist deutlich weniger. Deswegen sehe ich in der Liberalisierung dieses Fernbusverkehrs insbesondere für Bremen und Bremerhaven auch eine Gefahr,

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

dass wir von einer vernünftigen und guten Bahnanbindung langfristig abgeschnitten werden. Dann wären wir gezwungen, möglicherweise Busse zu nehmen, wenn wir irgendwohin wollen. Ich möchte das nicht!

Das Zweite ist, es wurde hier gerade gesagt, es geht auch um soziale Preise. Das heißt, Menschen, die wenig Geld haben, haben dann Gelegenheit, irgendwohin zu fahren, wo sie bislang aufgrund von hohen Preisen - Benzinpreisen und Bundesbahnpreisen - nicht hinfahren können. Das stimmt möglicherweise. Was passiert jetzt aber, wenn wir den Weg gehen und sagen, in Ordnung, wir machen jetzt kostengünstige Busse, diese sind billiger? Dann können sie ein paar Mal mehr fahren. Dann kommt die Bahn in eine Situation, in der sie mit diesen Busunternehmen konkurrieren muss. Was muss die Bahn dann tun? Sie muss möglicherweise ihre Ticketpreise senken. Wer bezahlt denn das Sinken der Ticketpreise? Das bezahlen im Wesentlichen die Beschäftigten, die dann auch wieder in irgendeiner Weise auf Gehalt oder Einkommen verzichten müssen. Dann haben wir wieder weniger Menschen, die sich die Ticketpreise der Bahn leisten können, dann müssen diese nämlich wieder zu den Bussen und dort die günstigen Tickets kaufen. Das heißt, wir produzieren möglicherweise mit solch einem Prozess - -.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Früher hat man das einmal Verelendungstheorie genannt!)

Nein, ich glaube, so etwas nennt man Top-Down-Prozess!

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Es fahren viele Menschen mit wenig Geld quer durch die Republik!)

Nein! Die Verelendungstheorie bedeutete, dass es den Leuten noch nicht schlecht genug geht, sonst würden sie längst auf der Straße sein und Revolution machen. Das war diese Verelendungstheorie. Aber diesen Prozess habe ich ja jetzt nicht gerade erfunden, sondern den erleben wir ja in ganz vielen gesellschaftlichen Bereichen schon seit ungefähr 20 Jahren. Wenn man ihn bekämpfen möchte, ist die Lösung doch nicht, dass man immer weiter nachgibt und immer günstiger, immer billiger wird, sondern die Lösung muss doch sein, dass irgendwann vernünftige Gehälter und vernünftige Löhne in diesem Land gezahlt werden,

(Beifall bei der LINKEN)

damit das Problem, dass man Dumpingpreise für Tickets bezahlen muss, gar nicht erst auftritt.

Drittens habe ich mir die Frage gestellt: Wenn es jetzt so ist, dass die Liberalisierung des Fernbusverkehrs tatsächlich wesentlich mehr Busse nach Bremen lenkt und wir gezwungen sind, den ZOB in irgendeiner Weise umzubauen, zu verlagern, was auch immer, wer bezahlt denn das? Bezahlen das die Busunternehmen? Nein! Das muss das Land bezahlen. Das wird als selbstverständlich vorausgesetzt, dass das Land oder sonst jemand kommt und sagt, wir organisieren euch so, dass das hier vernünftig funktioniert. Das ist ein konkretes Beispiel für Wettbewerbsverzerrung, denn dieses Privileg hat an dieser Stelle die Bahn nicht. sondern das haben dann nur diese privaten Busfernverbindungen.

Das sind meines Erachtens drei Fragen, die in diesem Zusammenhang nicht richtig beantwortet sind, und deswegen sind wir grundsätzlich gegen eine Liberalisierung des Busfernverkehrs. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da ich mehrfach angesprochen worden bin, möchte ich auch kurz aus Sicht des Senats Stellung nehmen in dieser Debatte! Zunächst einmal freue ich mich, dass zentrale Umweltthemen wie Klimaschutz und Luftreinhaltung immer breiteren Eingang in die Debattenbeiträge aller Fraktionen dieses Hauses finden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Möglicherweise werden wir im Laufe des Tages noch Gelegenheit haben festzustellen, ob immer die richtigen Schlüsse daraus gezogen werden, aber das ist eine Frage, auf die wir später noch kommen.

Für den Senat möchte ich Folgendes sagen: Wir sehen den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Änderung personenbeförderungsrechtlicher Vorschriften und die darin vorgesehene Liberalisierung kritisch, so wie es bisher von der Regierung vorgelegt worden ist, da eine Liberalisierung in der Tat dazu führen könnte, dass die Deutsche Bahn sich aufgrund einer neuen Konkurrenzsituation zum Fernreisebus verstärkt aus dem Fernverkehr auf eini-

gen Strecken und Regionen zurückzieht. Das muss nicht zwingend erfolgen, das ist schon gesagt worden, es gibt durchaus Beispiele, wo diese Kannibalisierung nicht stattfindet. Es gibt aber auch Dinge, und es sind hier ja auch schon Dinge genannt worden, wo so etwas eintreten kann. Es könnte auch in Nordwestdeutschland zu solchen Effekten kommen, und deswegen sind wir hier ein bisschen skeptisch. Ich möchte die Punkte betonen, die auch verschiedentlich genannt worden sind! Natürlich gleiche Wettbewerbsbedingungen müssen herrschen, insbesondere gleiche Fahrgastrechte, gleiche Beschäftigungsbedingungen, die Umwelt-, Sozial- und Sicherheitsstandards müssen einheitlich sein. Das sind Mindestvoraussetzungen, um eine solche Liberalisierung unterstützen zu können. Deswegen unterstützt Bremen im Rahmen der Beratungen im Bundesrat mehrere Änderungsanträge, die genau in diese Richtung gehen, die in die weitere Gesetzesänderung einfließen sollen, um einen fairen und für die Kunden verlässlichen Linienbetrieb zu ermöglichen.

Einem Argument des Abgeordneten Rupp möchte ich ein bisschen entgegenwirken: Natürlich emittieren Dieselfahrzeuge Staub und Stickoxide, aber selbstverständlich würden wir nur welche mit grüner Plakette hier in die Umweltzone einfahren lassen, sodass der Effekt dort vergleichsweise gering sein dürfte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Natürlich ist aber die elektrisch betriebene Bahn noch sauberer an der Stelle.

Zum ZOB noch ganz kurz! Die Möglichkeiten der Verlegung des ZOB für Fernlinien und Reisebusse sind in den Prozess der Innenstadtleitbildentwicklung und in den Innenstadtworkshop eingebracht worden und werden dort weiter geprüft. Wir gehen im Konsens mit allen Beteiligten davon aus, dass nur eine bahnhofsnahe Lage als attraktiver Standort für einen neuen ZOB in Betracht kommt. Der Bahnhofsvorplatz wird auch künftig in bewährter Weise als Zentralomnibusbahnhof für Regionalbuslinien genutzt werden, und für die Fernverkehre im Breitenweg ist mit der Herstellung eines zusätzlichen Aufenthaltsbereiches und eines Witterungsschutzes auch unabhängig von der künftigen neuen ZOB-Lösung bereits kurzfristig eine Verbesserung erzielt worden. Durch die Entflechtung des Wartebereiches von dem vorhandenen Fahrradweg wird hier auch die Sicherheit noch weiter verbessert werden.

Das heißt, so kurzfristig sehen wir jetzt auch aufgrund der erwarteten Mengenentwicklung - wir rechnen jetzt auch nicht mit dramatisch steigenden Zahlen von Busverkehren - keinen Handlungsbedarf, der es rechtfertigen würde, hier etwas über das Knie zu brechen. Es wäre auch nicht möglich, bis Dezember 2011 ein langfristig abgestimmtes Gesamtkonzept vorzulegen. Das braucht etwas länger, da bitte ich um Verständnis. Ich glaube, dass wir uns mit dem Prozess der Innenstadtentwicklung, dieses Innenstadtleitbildes genau in dem richtigen Prozess befinden, um dann auch über die künftigen Perspektiven des ZOB miteinander zu sprechen. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ist der Überweisungsantrag noch aktuell?

(Zurufe: Nein!)

Man ist ja vor Überraschungen nicht gefeit!

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/23 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Freie Bewegung für Menschen und Hunde

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 27. September 2011 (Neufassung der Drucksache 18/27 S vom 1. September 2011) (Drucksache 18/34 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Meine Damen und Herren, die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Neumeyer.

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser Debatte geht es um den besten Freund des Menschen, den Hund. In Bremen gibt es circa 12 500 Hunde. Wenn man das einmal im Verhältnis ansieht, ist es eine riesige Menge gegenüber den Hundeauslaufflächen, Bremen hat davon nämlich in Bremen zurzeit noch keine ausgewiesen. Gleichzeitig herrscht in Bremen fast das ganze Jahr Anleinpflicht. Das ist dem Ortsgesetz für öffentliche Ordnung, der Brutzeit und dem Feldordnungsgesetz geschuldet. Außerdem herrscht auf fast allen Grünflächen außerhalb des Stadtgebietes auch Anleinpflicht, weil nahezu alle Grünflächen zu Vogelschutzgebieten erklärt wurden. Diese Vogelschutzgebiete sind richtig und auch wichtig, aber für andere Tierarten entstehen dadurch Einschränkungen, zum Beispiel für die Hunde.

Ich unterstütze das Anliegen der Hundehalter, Flächen für freien Auslauf ihrer Hunde zu bekommen. Nicht immer ist ein Hund an der kurzen Leine zu halten, und nicht für jeden Spaziergang kann man nach Niedersachsen fahren. Es gibt auch Konflikte, und zwar zwischen den Erholungsuchenden ohne Hund und den Erholungsuchenden mit Hund. Erst letztens konnte ich dies bei einem Spaziergang am Schönebecker Schloss erleben. Ich ging die ganze Zeit hinter einem Ehepaar her, das einen Golden Retriever dabei hatte, und dieser lief frei. Ich konnte beobachten, wie eine junge Frau ängstlich einen anderen Weg einschlug, weil sie dem Hund nicht begegnen wollte. Kurze Zeit später schimpfte ein Radfahrer, weil ihm der Hund vor das Fahrrad gelaufen war. Solche Situationen gibt es öfter. Ich sehe schon, Frau Garling hat so etwas auch schon einmal erlebt, sie hebt schon den Finger, also schon mehrfach.

Um solche Konflikte aus der Welt zu schaffen, ist es zwingend erforderlich, dass wir Hunde-auslaufflächen bekommen. Dass dies in einer größeren Stadt möglich ist, sehen wir am Beispiel Hamburg, dort gibt es bereits 86 solcher Auslaufflächen. Unsere Aufgabe besteht darin, Flächen im Stadtgebiet zu finden, die sich als Hundeauslaufzonen eignen. Da die Verhältnis-

se in jedem Stadtteil unterschiedlich sind, bin ich sehr dafür, dass wir die Beiräte vor Ort und auch die Hundehalter vor Ort daran beteiligen, solche Flächen zu finden. Dass dieses Thema auf reges Interesse bei den Bürgern und Bürgerinnen stößt, zeigt die große Beteiligung an der Petition, die, wie ich finde, super war, ich stehe auch voll dahinter. Sie war auch nötig, eigentlich schon längst überfällig.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin begeistert, dass sich die Kollegen von Rot-Grün unserem Anliegen angeschlossen und wir heute diesen gemeinsamen Antrag hier vorliegen haben. Ich muss sagen - wie soll ich es ausdrücken? -, ich finde es gut, dass wir sozusagen an einer Leine ziehen. Ich denke einmal, das ist der richtige Ausdruck dafür.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Hunde aller Länder vereinigt euch!)

Ja, wir ziehen an der Leine, irgendwann sind wir dann ohne diese Leine! Ich denke einmal, jetzt muss der Senat tätig werden und die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir dauerhaft Auslaufzonen für unsere Hunde bekommen. In diesem Sinne - toben macht glücklich - bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Peters-Rehwinkel.

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD)^{*):} Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir interfraktionell diesen Antrag hinbekommen haben. Die Petition von Frau Karin Bohle-Lawrenz, die auf dem Besucherrang sitzt, hat 1 827 Mitzeichner gehabt. Der Titel, den hier einige Abgeordnete ein bisschen belustigend fanden, hat schon seinen Hintergrund, denn wir sind in einem Stadtstaat, nicht in einem Flächenstaat. Wir werden hier kaum 86 Freilaufflächen ausweisen können, das scheitert schlicht an unserer Größe. Ich denke, wir sollten einige schaffen können. Das ist das Ziel.

Es ist natürlich für Hunde besser, wenn sie artgerecht leben können. Wenn Hunde ständig angeleint sind, haben sie ein ganz anderes Sozialverhalten sowohl Hunden als auch Menschen gegenüber. Ich finde auch wichtig - weil ich gerade auf den Titel Bezug genommen hatte, freie Bewegung für Hunde und Menschen -, wir brauchen natürlich auch die Flächen für Menschen, sprich für Kinder und Ju-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

gendliche. Ich denke, die Beiräte vor Ort werden besonders gut bewirken, dies abzustimmen, weil sie den Überblick über die Kleinteiligkeit haben. Deswegen halten wir es für sehr wichtig, dass die Arbeit der Findung dort durchgeführt wird - natürlich mit entsprechender Unterstützung, die gewährt werden muss -, denn vielleicht hätten wir diesen Antrag auch schon viel früher stellen können. Es ist schon einige Zeit her, dass die Petition abgeschlossen wurde. Wie dem auch sei, besser jetzt als gar nicht! Ein geordnetes Miteinander ist das, was wir hier erreichen sollten.

Für den Fall, dass es Flächen gibt - das wollen wir ja hoffen -, dürften wir uns auch mit dem Thema auseinandersetzen, das wir in der Ursprungsfassung erst einmal ausgelassen haben, nämlich mit dem Thema der Tütenspender und den entsprechenden Behältern. Das halte ich für keine schlechte Idee. Damit sollten wir uns im Nachgang beschäftigen. Ich meine, dass das ein abgestuftes Verfahren sein kann, weil es auch Geld kostet, wie wir alle wissen. Wir sollten uns unter den Tierschützern in Ruhe darüber unterhalten, wie man am besten an das Thema herangeht, weil das auch ein Teil dessen ist. Wenn es Freiflächen gibt, die auch einzuzäunen sind, werden wir uns auch mit diesem Thema beschäftigen müssen.

Ich freue mich, dass wir das so geschafft haben, hoffe auf Zustimmung des gesamten Hauses und schließe damit. - Danke!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Neddermann.

Abg. Frau Neddermann (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Bremen ist, und das ist mir ganz am Anfang wichtig zu betonen, eine sehr hundefreundliche Stadt. Wer als Hundebesitzerin in anderen Städten mit tierischer Begleitung unterwegs ist, weiß, wie entspannt man trotz oder vielleicht gerade wegen der hohen Hundesteuer hier in Bremen mit Hunden auch im öffentlichen Raum leben kann. Trotzdem geraten die Interessen der Fahrradfahrer, Jogger, der Spaziergänger ohne Hund und die Maßnahmen des Naturschutzes regelmäßig in Konflikt mit den Interessen und Pflichten der Hundebesitzer. Uns geht es um ein harmonisches Miteinander in unserer Stadt, in der die verschiedenen Interessen aller berücksichtigt werden sollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen. - Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.) Immer mehr Studien belegen, dass es gesund ist, einen Hund zu halten. Die Bewegung an der frischen Luft hält fit, baut Stresshormone ab und ist ein guter Ausgleich zu sitzenden Tätigkeiten, und tatsächlich müssen Hundehalter seltener zum Arzt. Laut Tierschutz-Hundeverordnung benötigen Hunde zur artgerechten Haltung ausreichend Beschäftigung und Bewegung. Für Hundebesitzer stellen die begrenzten Möglichkeiten für einen aktiven Spaziergang mit ihrem Hund ein großes Problem dar. Nur lange Zeit an einer kurzen Leine spazieren zu gehen, lastet keinen Hund befriedigend aus. Hinzu kommt, dass durch die Leine tiergerechte Kontakte zu Artgenossen verhindert werden. Die Liste von Verhaltensstörungen und Problemen, die durch mangelnde Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen können, ist lang.

Hundehalter befinden sich also immer wieder in einem Zwiespalt. Sie wollen ihrem Hund ausreichend Auslauf ermöglichen, müssen sich aber gleichzeitig an die Hundeverordnung Bremen und an das Ortsgesetz halten, das ein Anleinen der Hunde an bestimmten Orten vorschreibt. Außerdem müssen Hunde zusätzlich in der Brut- und Setzzeit vom 15. März bis zum 15. Juli zwingend angeleint sein, um den Schutz von am Boden brütenden Vögeln und Jungtieren vor frei laufenden und nachsetzenden Hunden zu gewährleisten. Das ist auch richtig so und gut. Genauso richtig ist, die Anleinpflicht auf Spiel- und Liegewiesen vom 1. April bis zum 30. September. In diesem Zusammenhang werden wir uns in Zukunft um eine klare Regelung zur Anleinpflicht in Stadtgebieten kümmern müssen. Aber auch die Debatte zur Einführung eines Hundeführerscheins spielt für mich in diesem Kontext eine Rolle.

Durch die Schaffung von speziellen, räumlich abgetrennten und deutlich erkennbaren Hundesauslaufgebieten müssen und können die Bedürfnisse der Hundebesitzer, der Schutz der Natur und die Interessen der anderen Nutzer von öffentlichen Flächen gewährleistet werden. In Städten wie beispielsweise Berlin oder Hamburg wurden zahlreiche Hundeauslaufflächen eingerichtet, die viel und gern von Hunden und ihren Besitzern genutzt werden, aber auch von Nicht-Hundehaltern, denn hier können auch Familien und Hundefreunde entspannt auf die Tiere und ihre Besitzer zugehen.

Die große Resonanz auf die eingereichte Petition zu Hundeauslaufflächen zeigt, dass dies auch ein relevantes Thema für das ganze Stadtgebiet Bremen ist. Wir dürfen dabei aber nicht außer Acht lassen, dass große Grünflä-

chen, die für einen artgerechten Hundeauslauf geeignet wären, in Konkurrenz zu anderen Nutzungen stehen. Deshalb bitten wir den Senat und die Beiräte, auch brachliegende Flächen, Gelände und Gebäude und bestehende Nutzungen mit Hunden in die Überlegungen mit einzubeziehen.

Um allen Interessen gleichermaßen gerecht zu werden, fordern wir den Senat und die Beiräte auf, gemeinsam mit Tierschützern, privaten Initiativen, Flächeninhabern, Hundeschulen und Hundesportvereinen mögliche Freilaufgebiete in den Stadtteilen zu prüfen und zu identifizieren. Wir halten es für unerlässlich, alle Beteiligten in diesen Entscheidungsprozess einzubeziehen und mit den Beiräten gemeinsam an Lösungskonzepten zu arbeiten, damit ein gutes Miteinander in unserer Stadt gewährleistet ist. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich war ein bisschen verwundert, als ich gesehen habe, dass wir hier eine Debattenzeit von bis zu dreimal bis zu fünf Minuten vereinbart haben, weil wir in der Sache, glaube ich, gar nicht so einen großen Dissens haben. Sie hätten uns auch fragen können, aber wenn Sie mit uns gemeinsame Anträge machen, bekommen Sie immer Ärger mit Berlin. Ich kann das verstehen, wir hätten unsere Unterschrift trotzdem darunter gesetzt. Dass Sie Ärger bekommen, kann ich verstehen. Ich kann es verstehen, dass Sie uns nicht gefragt haben. Ich finde es ein bisschen merkwürdig, dass Sie dann trotzdem immer den vorauseilenden Gehorsam haben, aber gut!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Wir wussten ja nicht, wie viele von Ihnen reden. Deshalb sagten wir bis zu dreimal bis zu fünf Minuten!)

Wir stehen dieser Frage offen gegenüber, Herr Röwekamp, weil wir finden, dass dieser Antrag aus folgendem Grund ein ganz gelungenes Beispiel für Demokratie ist: Es gab eine öffentliche Petition, die fast 2 000 Menschen mitgezeichnet haben. Wir werden heute einen entsprechenden Antrag beschließen. Das finden wir sehr gut, weil das für uns direkte Demokratie ist. Wir hoffen aber sehr, dass damit jetzt

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

nicht nur Ruhe für die Petenten geschaffen werden soll, sondern dass das Anliegen dann auch wirklich in allen Stadtteilen und mit großer Unterstützung umgesetzt wird.

Dieser Vorgang ist aber auch ein Beispiel dafür, dass man Politik oft nicht zu Ende denkt. Es war eine Frage eigentlich schon klar: Wo sollen die Hunde frei laufen können, wenn man den Leinenzwang einführt, der einen guten Grund hat, wie meine Vorrednerin es auch noch einmal erwähnt hatte?

Wir denken, Auslaufflächen sind deswegen nötig, weil viele Menschen Hunde haben, die aus ganz unterschiedlichen Einkommensschichten kommen. Nicht jeder hat einen Jeep, um damit ins Umland zu fahren und den Hund da frei laufen zu lassen. Deswegen sind Hunde für alle Menschen mit jedem Einkommen ein wichtiger Bestandteil ihres Alltags. Das wissen wir alle. Deswegen ist es für uns selbstverständlich auch eine soziale Frage, dafür zu sorgen, dass Hundehalter ihre Hunde überall frei herumlaufen lassen können, wo es die Stadt ihnen ermöglicht.

Den meisten Menschen kann man nicht zumuten, in einem Park mit dem Hund zu joggen, vor allem weil wir viele ältere Hundebesitzerinnen und Hundebesitzer haben. In meinen Augen ist daher das Ausweisen von Freilaufflächen in der Stadt eine öffentliche Aufgabe, das heißt - und das finde ich an dem gemeinsamen Antrag wieder etwas abgeschwächt -, es muss auch dafür Sorge getragen werden, dass die Einzäunungen, Tütenautomaten und Mülleimer aufgestellt werden. Wir denken nicht, dass man das an private Vereine und Initiativen delegieren kann. Das finden wir zu einfach. und es heißt auch im Endeffekt, dass Freilaufflächen in allen Stadtteilen natürlich unter Einbindung der Beiräte ausgewiesen werden müssen.

Es kann nicht sein, dass es in der Stadt Hundehalterinnen und Hunderhalter gibt, die im richtigen Stadtteil wohnen oder zufällig noch mobil sind und ihren Hund dann frei laufen lassen können, und die Hundehalter in anderen, stark verdichteten Stadtteilen, wo es wenig Freilaufflächen gibt, die dann eventuell nicht ausgewiesen werden, ihre Hunde dann immer an der Leine lassen müssen, wenn sie zufällig kein Auto haben.

Deswegen denke ich, dieser Beschluss wird uns in den Beiräten beschäftigen. Das ist auch in Ordnung, und es ist auch eine gute Sache, dass diesem breit vorgetragenen Anliegen hier heute parteiübergreifend beigepflichtet wird. So viel Vernunft, auch andere Meinungen ein-

zubeziehen, auch Petitionen einzubeziehen, Bürgerwünsche und Beiräte, hätte ich mir zum Beispiel auch bei der Bahnhofsvorplatzbebauung gewünscht oder auch beim Stadtwerder. -Ich bedanke mich!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte auch im Namen des Senats hier noch einmal Stellung nehmen. Die gesetzlichen Grundlagen sind in dem Eingangsbeitrag schon angesprochen worden. Was noch nicht zitiert worden ist, ist der Paragraf 6 des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung, nach dem derjenige, der Hunde führt, zu verhindern hat, dass das Tier öffentliche Gehwege oder öffentliche Grünflächen verunreinigt oder beschädigt. Verunreinigungen sind unverzüglich zu beseitigen. Die dazu erforderlichen Vorrichtungen sind stets mitzuführen. Ich komme bei der Frage der Tütenautomaten gleich noch einmal darauf zurück.

Es ist richtig, dass Hamburg 2006 einen Schritt zum Erlass eines Hundegesetzes vollzogen hat. Auch in Hamburg gilt grundsätzlich die Anleinpflicht. Es ist dann aber gesagt worden, diese gilt nicht auf von der zuständigen Behörde als Hundeauslaufzone besonders gekennzeichneten Flächen. Die zuständigen Behörden sollen laut Gesetz Hundeauslaufzonen in ausreichender Anzahl und möglichst wohnortnah erreichbar ausweisen. Ein Rechtsanspruch auf die Ausweisung einzelner Flächen als Hundesauslaufzone besteht nicht. Das ist vielleicht auch noch ganz wichtig.

Wir sehen durchaus Vorteile in der Einrichtung von Hundeauslaufgebieten, weil das die Möglichkeit schafft, Hunden in diesen Bereichen den Auslauf zu ermöglichen, ohne dass die Halter gegen rechtliche Regelungen verstoßen. Durch die Schaffung - und das ist ja schon gesagt worden - von speziellen Hundesauslaufgebieten können Konfliktpotenziale vermieden werden. Grundsätzlich spricht nichts dagegen, dort, wo es rechtlich und räumlich möglich ist, den Hundehaltern solche Flächen anzubieten. Dies müssen dennoch keinesfalls ausschließlich öffentliche Grünanlagen oder sonstige öffentliche Flächen sein.

Ich erinnere daran, dass die öffentlichen Grünflächen in städtischer Verwaltung überwiegend vergleichsweise schmal zugeschnitten sind. Ausreichend große Flächen, die für einen artgerechten Hundeauslauf geeignet sein könn-

ten, sind nur ganz wenige vorhanden, und dies steht immer in Konkurrenz zu anderen Nutzungen, wie Spielen, Spaziergängen, Erholung von Nicht-Hundebesitzern. Auf diesen wenigen Flächen ist eine räumliche Koinzidenz der Nutzung Hundeauslauf und öffentliche Grünanlage kaum vorstellbar. Wenn die Hundebesitzer den Kot der Hunde nicht aufnehmen und in Behälter werfen würden, dann bestünde die Gefahr, dass die Flächen schnell kaum noch zu betreten sind.

Wir fänden es positiv, wenn zum Beispiel ein Verein einen konkreten Flächenwunsch anmeldet und dieser Verein oder eine Gruppe dann Verantwortung für die Fläche übernimmt. Eine Flächenausweisung ist nur dann sinnvoll, wenn auch ein konkreter Bedarf angezeigt ist, das heißt, vorausschauend Flächen auszuweisen, das hielten wir für nicht angemessen. Wir halten es für richtig, dass die Lösungssuche im Einzelfall dann mit den Ortsbeiräten gefunden werden soll, sie haben die beste Kenntnis im jeweiligen Stadtteil.

Ein positives Beispiel ist die an einen Verein verpachtete sogenannte Uniwildnis. Sie wird vom Verein betreut und als Hundeauslaufgebiet genutzt. Ich möchte dabei darauf hinweisen, auch private Flächen können geeignet sein, dass zum Beispiel Landwirte Flächen einzäunen, herrichten und einem Verein zur Nutzung verpachten. In solchen Fragen kann die Behörde dann helfen und unterstützen, aber eine ausschließliche Zuständigkeit von staatlichen Institutionen sehe ich hier nicht.

Jetzt noch einmal zur Frage der Tütenspender und Mülleimer! Die Aufstellung von Hundekotbehältern kann formlos bei der Leitstelle "Saubere Stadt" beantragt werden. Das ist eine Möglichkeit, die schon besteht. Nach finanzieller und sachlicher Prüfung erfolgt eine Aufstellung des Behälters oder die Ablehnung des Antrags. Die Standorte der Behälter, die es schon gibt, können im Internet eingesehen werden. Neue Behälter werden stets zeitnah ergänzt.

Derzeit ist der Einwurf von Hundekot in normale Papierkörbe im Straßenraum oder Grünanlagen abfallrechtlich nicht zulässig. Deshalb wird dieser Entsorgungsweg für Hundekot von uns auch nicht aktiv beworben. Mit der nächsten Novelle des Abfallortsgesetzes zum 1. Januar 2013 wird eine entsprechende Änderung angestrebt, damit alle Behälter im öffentlichen Raum genutzt werden können. Ein Einwurf in die heimische Hausmülltonne ist schon jetzt zulässig und als ordnungsgemäßer Entsorgungsweg vorgesehen.

Den Paragrafen 6 des Ortsgesetzes hatte ich schon genannt. Es besteht die gesetzliche Verpflichtung für Hundehalterinnen und Hundehalter, die Hinterlassenschaften ihrer Tiere auf öffentlichen Flächen zu beseitigen. Insofern stellt die Bereitstellung von Hundekotbehältern bereits ein besonderes Angebot der Stadt dar, Hundehalterinnen und Hunde-Haltern die ordnungsgemäße Entsorgung der Hinterlassenschaften der Tiere zu erleichtern. Die Begründung des Antrags, dass Bremen nicht mit einer ausreichenden Zahl von Hundekotbehältern ausgestattet ist, teilen wir nicht. Bremen hat zwischen 2004 und 2011 insgesamt 237 Hundekotbehälter aufgestellt, weitere sind in Planung, sodass bis zum Jahresende 270 Behälter zur Verfügung stehen werden.

Bereitgestellte Hundekotbehälter sind in Bremen nicht mit Tütenspendern ausgerüstet, da es einem Hundehalter oder einer Hundehalterin zuzumuten ist und er oder sie gemäß Ortsgesetz über die öffentliche Ordnung verpflichtet ist, Behältnisse mitzuführen. Ganz überraschend ist es ja nicht, wenn ich mit meinem Hund nach draußen gehe, dass er dann möglicherweise irgendein Bedürfnis verrichtet. Darauf kann man sich vorbereiten. Dazu kommen die ganz überwiegende Fehlnutzung von bereitgehaltenen Tüten und der hohe logistische und finanzielle Aufwand, wenn man das von Amts wegen sicherstellen wollte. Deswegen unterstützen wir die kostenlose Aufstellung dieser Tütenautomaten nicht. Den Rest des Antrags unterstützen wir. - Vielen Dank!

> (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 18/34 S, Neufassung der Drucksache 18/27 S, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2411 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Osterholzer Heerstraße und Halsmühlener Straße östlich Heiligenbergstraße (Osterholzer Heerstraße Haus-Nr. 201,

201 A und 203)Mitteilung des Senats vom 6. September 2011

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

(Drucksache 18/28 S)

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2411 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Soziale Stadtentwicklung absichern!

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 13. September 2011 (Drucksache 18/29 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Günthner, ihm beigeordnet Herr Staatsrat Dr. Heseler.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Bernhard.

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße an dieser Stelle auch besonders unsere Gäste aus Tenever. Sie sehen schon, thematisch wenden wir uns dem Menschen zu, wir werden jetzt das Thema "Hunde" verlassen.

Anlässlich der Instrumentenreform bin ich in der letzten Woche sehr viel in verschiedenen Projekten und Stadtteileinrichtungen unterwegs gewesen, die Sie sicher zum Teil kennen. Das sind ja Beispiele wie - Sie können sich das vorstellen - der Streichelzoo, Recyclingprojekte, die Pausenversorgung, das Mittagessen für Schülerinnen und Schüler et cete-

-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

ra. Das sind ja keine Spielwiesen und Basteleinrichtungen, sondern wichtige Projekte der Stadtteile und der Quartiere. Das sind Projekte, die unseren sozialen Zusammenhalt wesentlich stützen, ausbauen und manifestieren. Sie kennen vielleicht die bisherigen Instrumente, ich möchte Sie damit gar nicht weiter langweilen, ob es früher einmal ABM, BSHG oder SAM und so weiter aus der Beschäftigungspolitik waren, das sind sozusagen Insiderinstrumente.

Wenn man sich das jetzt anschaut, haben wir da nur noch sogenannte InJobs, Ein-Euro-Jobs, und wir haben einen minimalen Rest sozialversicherungspflichtiger Stellen, die man im Grunde genommen so gar nicht mehr nennen kann, weil die Bezahlung dort ziemlich miserabel ist. Finanziert werden sie ausschließlich durch EU- und Bundesmittel und nicht mehr durch Landesmittel. Insofern haben wir einen relativen Niedergang der Beschäftigungspolitik.

Wenn ich einmal daran erinnern darf, dass das Landesprogramm "Bremen produktiv und integrativ" bereits noch für drei Jahre beantragt beziehungsweise beschieden wurde, haben wir inzwischen eine Laufzeit von nur zwölf Monaten, und die Laufzeiten werden auch immer kürzer. Wenn man sich das im Zusammenhang anschaut, ist es einfach ein Unding, was da für diese Stadtteile passiert, weil die Kürzungen im Grunde genommen immer weiter die unteren Schichten und Zusammenhänge treffen. Die Zielgruppen, das wissen Sie, sind Frauen, Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose, viele mit Migrationshintergrund et cetera.

Mir geht es jetzt nicht darum zu sagen, wir müssen diese Träger stützen, weil die Träger schließlich kein Selbstzweck sind. Es geht hier um die Menschen, und es geht um die Projekte. Da haben wir eine Verantwortung, der sich unserer Meinung nach dieses Land und diese Stadt Bremen immer weiter entzieht. Das sieht man daran, dass Bremen dort keinen müden Euro mehr hineingibt. Wir haben hier inzwischen ein Hartz-IV-System, das eine Infrastruktur geschaffen hat, die wir nicht teilen, und wir möchten im Grunde genommen, dass wir aus dieser Entwicklung relativ radikal wieder herausgehen, und es geht nicht ohne Geld.

Wir haben hier einen unsäglichen Zusammenschluss damit, dass Bremen herzlich wenig Ideen hat und wenig Geld. Die Handlungsfähigkeit ist ja einer wenig entwickelten Kreativität geschuldet und dem, dass man letztendlich sagt, wir können es nicht bezahlen. Das ist etwas, bei dem ich finde, wir können nicht ununterbrochen nach Berlin schauen und den

schwarzen Peter der Bundesregierung zuschieben. Diese Stadt hat ebenfalls eine Verantwortung, und ich muss sagen, das können ja schließlich andere Städte auch.

Wir haben letztendlich Landesgeld in diesen Programmen, und das ist etwas, von dem ich finde, wir müssten dringend darüber nachdenken, wie wir aus dieser Entwicklungsschleife wieder herauskommen. Diese Menschen leisten ein unglaubliches Maß an Arbeit und sind hoch identifiziert. Wenn Sie sich vorstellen, dass es diese Projekte übermorgen nicht mehr gäbe, dann hätten wir ein Problem in unseren gesamten benachteiligten Stadtteilen - es sind schwerpunktmäßig die sogenannten WiN-Gebiete, die kennen Sie auch alle so weit -, und das können wir uns letztendlich nicht leisten. Ich frage jetzt noch einmal ganz ernsthaft und das ist es letztendlich, worauf auch unser Antrag hinausgeht -: Was wird kurzfristig passieren? Diese Projekte sind bis Ende dieses Jahres beschieden, das heißt, bis dorthin sind sie gesichert. Was machen wir eigentlich mit den ungefähr 560 Entgeltstellen, wie soll es dort im Jahr 2012 weitergehen? Wie sieht es eigentlich aus mit der Perspektive?

Der zweite Punkt ist, und das ist eigentlich das viel dickere Brett, das wir hier zu bohren haben: Wie stellen wir eigentlich Beschäftigungspolitik auf andere Füße? Es ist völlig unmöglich, Träger und Menschen damit zu konfrontieren, die sagen, ich weiß gar nicht, ob ich in drei Monaten noch hier bin, ich weiß nicht, wie es für mich weitergeht. Was auch gar nicht geht, sind die offenen Fragen: Wird dieses Pausenfrühstück noch existieren? Werden die Sprachund Kulturmittler noch da sein? Dieser ununterbrochene Drehtüreffekt, der sich da mit dieser Art von Zuweisung im Wochenrhythmus eingestellt hat, ruiniert also letztendlich die Lebensqualität in unseren Stadtteilen, wenn wir so weitermachen.

Deswegen müssen wir darüber nachdenken, wie wir aus dieser Sackgasse herauskommen, und das ist auch unabhängig von der Bundesregierung zu entscheiden. Das wäre letztendlich auch die Frage, wie wir weiterhin mit diesem Antrag verfahren. Wir würden uns wünschen, dass man einmal überlegt und sagt, wie bekommen wir eigentlich eine Perspektive in diese Richtung, dass diese Menschen auch eine nachhaltige Struktur bekommen und nicht nur ununterbrochen immer noch schlechter gestellt werden.

Ich kann mir jetzt schon sehr gut vorstellen, dass sich das Arbeitsressort mehr oder weniger den Kopf zerbricht, wie es ohne finanzielle Mittel weiter vor sich hinbastelt und sagt, wie bekommen wir vielleicht die Zustimmung für 100 Stellen über drei Monate, wie bekommen wir vielleicht dort noch einmal 50 Stellen, die vielleicht bis Ende 2012 laufen und so weiter. Da können Sie sich doch an allen zehn Fingern abzählen, dass das nicht weiter tragfähig sein wird. Dieses Maß an Frustration und Demotivation, das wir praktisch damit forcieren, ist inakzeptabel. Insofern bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen! - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Wendland.

Abg. Frau **Wendland** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der hier vorliegende Antrag der Fraktion DIE LINKE greift ein wichtiges Thema auf, macht jedoch keinen akzeptablen Lösungsvorschlag. Wir, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, werden ihm deshalb nicht zustimmen. In dem Antrag der Fraktion DIE LINKE geht es um die Kürzungen der Bundesmittel für die Arbeitsmarktförderung und deren Auswirkungen auf Bremen. Wir Grüne lehnen diesen Kahlschlag der schwarzgelben Bundesregierung ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Mit der sogenannten Instrumentenreform und der Kürzung des Eingliederungstitels wird Langzeitarbeitslosen der Weg zurück in Arbeit verbaut. Immer mehr konzentriert die Bundesregierung die Arbeitsförderungsmittel auf die guten Arbeitslosen, also die, die wenige oder gar keine Vermittlungshemmnisse haben. Diejenigen, die eine Förderung am nötigsten haben, werden jetzt aber noch weiter abgehängt und ins Abseits gedrängt. Das ist sozialpolitisch und menschlich absolut nicht hinnehmbar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Seit der Hartz-IV-Gesetzgebung ist der Bund für die Finanzierung der Arbeitsmöglichkeiten und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen verantwortlich. Dieser Verantwortung kommt die Bundesregierung nicht nach. Das wichtigste Anliegen von Arbeitsmarktpolitik ist, Langzeitarbeitslosen Brücken in Arbeit zu bauen.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE konzentriert sich aber allein auf die soziale Stadtentwicklung, die mit diesen Mitteln ebenfalls gefördert wird.

Die rot-grüne Koalition steckt viel Geld in stadtteilbedeutsame Projekte, um der sozialen Spaltung der Stadt entgegenzuwirken, aber es ist doch völlig illusorisch anzunehmen, dass wegfallende Bundesmittel einfach aus dem Bremer Haushalt ausgeglichen werden könnten. Immer wieder inszenieren Sie von der LINKEN hier das Spiel, Geld sei doch genug da. Wie Sie ständig die Augen vor der Realität so verschließen können, ist mir wirklich schleierhaft!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

In Richtung unserer Bundesregierung will ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen, dass mit einer solchen Politik ein verlässlicher sozialer Arbeitsmarkt in weite Ferne rückt. Deshalb haben wir als Koalition einen Antrag in die Bürgerschaft (Landtag) eingereicht, mit dem wir fordern, dass die Pläne, auf Bundesebene solche unsozialen Kürzungen vorzunehmen, umgehend fallengelassen werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion DIE LINKE, ich lade Sie dazu ein, diesem rotgrünen Antrag am Donnerstag zuzustimmen!

Der Kern des vorliegenden Antrags der Fraktion DIE LINKE ist die Forderung nach einem Senatskonzept. Was wir brauchen, ist kein neues Konzept, sondern wir müssen gemeinsam die Bundesregierung an ihre Verantwortung erinnern und gemeinsam gegen die Kürzung des Eingliederungstitels kämpfen. Sollte es doch zu den Kürzungen kommen, müssen wir vorbereitet sein. Wir werden dann mit den Betroffenen gemeinsame Lösungen erarbeiten, und da haben Beschäftigungsträger und -projekte ganz unterschiedliche Probleme. Da hilft nun einmal kein allgemeines Konzept weiter, aber selbst, wenn wir ein Konzept für nötig hielten, bräuchte es andere Inhalte.

Für die rot-grüne Koalition stehen die Langzeitarbeitslosen und deren Möglichkeiten der Qualifizierung im Mittelpunkt. Wir wollen weiterhin den Menschen die Teilhabe an Arbeit ermöglichen und ihnen damit eine Perspektive bieten. Durch sinnvolle Tätigkeiten erhalten Erwerbslose neue Lebensperspektiven und gesellschaftliche Anerkennung. Die Beschäftigung in sozialen Projekten in den Stadtteilen ist für manche Menschen eine notwendige Möglichkeit, die auch weiterhin erhalten werden muss. Aktive Arbeitsmarktpolitik und soziale stadtteilbezogene Projekte sind deshalb

_

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

untrennbar miteinander verknüpft. Wenn die Fraktion DIE LINKE hier von Querfinanzierung spricht, verkennt sie diesen Zusammenhang. Deshalb müssen die arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen weiterhin im Fokus unserer Überlegungen stehen.

Die Interessen, Fähigkeiten und Qualifizierungsbedarfe der Arbeit Suchenden stehen im Mittelpunkt, die notwendige Unterstützung von stadtteilbezogenen Projekten folgt diesen. Deshalb werbe ich dafür, den vorliegenden Antrag der LINKEN abzulehnen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Reinken.

Abg. Reinken (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Begründung dieses Antrags, den wir auch empfehlen abzulehnen, kommt mir, sagen wir einmal, ein bisschen dünn daher. Ich habe eigentlich immer gedacht, es kämen die großen gesellschaftspolitischen Würfe, wie man in dieser Gesellschaft dieses oder jenes regeln müsste, und nun werden wir damit konfrontiert, dass es in der Arbeitsmarktpolitik sozusagen einen konservativen großen Wurf gibt und es mit kleiner Münze zurückgezahlt wird nach dem Motto, das, was die anderen falsch machen, zahlen wir dann eben aus eigener Tasche.

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Was ist daran falsch?)

Unstrittig ist doch, dass die sogenannte Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente völlig falsche Signale und ein völlig falsches gesellschaftspolitisches Ziel vermittelt, nämlich das Ziel der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Unstrittig ist auch, dass die Kürzungen, die da gegenwärtig stattfinden, ein Schlag ins Gesicht derjenigen engagierten Menschen sind, die zum Beispiel bei den vielen Trägern in unterschiedlichen Bereichen damit beschäftigt sind, für Langzeitarbeitslose und mit ihnen neue Perspektiven zu erarbeiten. Natürlich ist es auch eine Beleidigung derjenigen Menschen, die gerade diese wichtige Aufgabe wahrnehmen. Unstrittig ist auch, dass es überwiegend sinnvolle Projekte sind, denn sonst würde man sie ja nicht als zusätzliche Projekte genehmigen können, die dort gemacht werden.

Völlig klar ist auch, den Langzeitarbeitslosen helfen diese Berliner Beschlüsse am allerwenigsten. Die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich verfestigt, trotz Wirtschaftsaufschwung und gegen den Trend, den wir gegenwärtig am Arbeitsmarkt haben. Wenn man sich die Tätigkeiten mit Arbeitsgelegenheiten, Ein-Euro-Jobs oder Ähnliches, ansieht, dann sieht man in der Tat, hier werden vielfältige Aufgaben im sozialen, kulturellen, sportlichen und im Bildungsbereich als zusätzliche Aufgaben erledigt.

Was der Antrag der LINKEN nicht enthält, ist eine kritische Auseinandersetzung damit, was die bisherige, nach Ihrer Auffassung fortzusetzende Arbeitsmarktpolitik wirklich geschaffen hat beziehungsweise schaffen kann. Ich glaube nicht, dass ein "weiter" so und dies eben nur mit anderen Finanzierungsquellen, wirklich die Lösung ist, denn in der Konsequenz bedeutet Ihr Antrag doch: Alles das, was Berlin nicht mehr finanziert, finanzieren wir letztlich. sagen wir einmal, durch 2 500 zusätzliche Stellen im öffentlichen Dienst, sozialversicherungspflichtig beschäftigt, was selbstverständlich richtig ist. Anders kann man doch Ihre Forderung nach Überführung in öffentliche Einrichtungen und neuen Trägerstrukturen gar nicht verstehen, als dass Sie sagen, wir machen daraus öffentliche Beschäftigung.

Ich glaube, das eigentlich Verheerende an diesem Antrag ist, dass Sie den betroffenen Kolleginnen und Kollegen, die in den Einrichtungen arbeiten, und den Menschen, die in diesen Einrichtungen beschäftigt werden, Sand in die Augen streuen, was möglich und was machbar ist. Angesichts des Konsolidierungskurses ist es doch völlig absurd, darüber zu reden, einmal eben 2 500 Leute zusätzlich einzustellen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Damit wäre natürlich von den 10 000 zusätzlich im öffentlichen Bereich Beschäftigten aus dem Wahlprogramm das erste Viertel erfüllt, richtig, aber auch diese Forderung, die Sie damals gestellt haben, war doch schon illusorisch.

Ich glaube, es liegt jetzt eine politische Aufgabe darin, dass man genau schaut, was jetzt im Rahmen der Reformen passiert, wie die neuen Haushalte aussehen, und dass man dann in der Tat daran geht, den Bremer Weg, der bisher gegangen worden ist, mit den vorhandenen Möglichkeiten fortzusetzen, nach Möglichkeit unter Beibehaltung der Platzzahlen und natürlich auch - und ich bin sicher, dass sowohl die Träger als auch das Ressort da ausgesprochen ideenreich sein werden und in der Vergangenheit auch nicht ideenlos waren - unter Hinzuziehung von weiteren öffentlichen und privaten Mitteln. Ich bin sicher, dass man

dies auch gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren machen wird, die in diesem Bereich in den letzten Jahren gute und nachvollziehbare Arbeit geleistet haben. Wir sind aber nicht bereit, durch Verantwortungszuweisung an Bremen die Berliner Politik aus der Verantwortung zu lassen, und das werden wir auch den Initiativen und den Beschäftigungsträgern ganz deutlich signalisieren. Diesen schlanken Fuß, den Sie sich da machen, machen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine letzte Bemerkung meinerseits! Wir brauchen, und darauf hat meine Vorrednerin ja schon hingewiesen, eine Auseinandersetzung mit der Arbeitsmarktpolitik. Diese wird nicht darin bestehen können, dass wir so weiter machen wie bisher, völlig richtig, sondern sie wird dahin orientiert sein müssen, dass wir insbesondere den Langzeitarbeitslosen Perspektiven verschaffen, auch völlig richtig. Ich bin aber auch nicht bereit zu akzeptieren, dass man die Wirtschaft in dieser Frage per se völlig aus der Verantwortung lässt und sagt, jede Aufgabe, die wir in diesem Bereich zu erfüllen haben, ist eine öffentliche Aufgabe. Ich glaube, wir müssen mit der Wirtschaft in eine intensive Diskussion darüber eintreten, was gemeinsam gemacht werden kann. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. Rohmeyer (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es war schon fast verwunderlich, dass die schärfsten Töne gegen die Bundesregierung hier nicht von der LINKEN kamen, sondern von Rot-Grün. Rot-Grün, das die Hartz-Reformen auf den Weg gebracht hat, Rot-Grün, hier in Bremen die Verantwortung hat, Rot-Grün, das eine völlig verfehlte Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik in Bremen betreibt! Diese Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, die Sie hier zu verantworten haben, hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass wir in Bremen immer noch eine Arbeitslosenquote von 11,7 Prozent haben, Stand August 2011, während sich im Bund die Zahlen auf unter drei Millionen Arbeitslose entwickelt haben. Rot-Grün im Bund hat aber 2005 noch eine Arbeitslosenzahl von fünf Millionen Menschen zu verantworten gehabt. Reden Sie also

nicht von verantwortungsvoller Wirtschaftsund Arbeitsmarktpolitik, davon verstehen Sie nämlich nichts!

(Beifall bei der CDU)

Der Jobboom in Deutschland, das ist völlig richtig, ist an Teilen der Langzeitarbeitslosen vorbeigegangen, und die Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente hat ja zum Ziel, Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit wieder zielgenauer an Arbeit zu bringen. Dass auch im Bund, und das war eben angesprochen worden, eine Haushaltskonsolidierung notwendig ist, steht, glaube ich, außer Zweifel. Diese Konsolidierung hat auch etwas damit zu tun - bei zum Glück stark zurückgehenden Arbeitslosenzahlen -, dass sich auch der Bund entsprechend neu ausrichtet.

Fallmanager der Jobcenter erhalten mehr Entscheidungskompetenzen, damit es um den Menschen geht, da bin ich ausnahmsweise, Frau Bernhard, einmal mit Ihnen in einer Formulierung einig. Es geht nicht um Institutionen, sondern es geht darum, wie wir Menschen wieder in Arbeit bringen, meine Damen und Herren. Was Sie hier aufbauen, dieser Zinnober, den Sie hier teilweise veranstalten, das hat leider nicht viel mit den Menschen zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Unser Ziel ist die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Dafür brauchen wir Bildung und Qualifizierung als Grundlage, da haben wir auch durchaus grundsätzliche, gemeinsame Ansätze, in der Umsetzung sieht das bei Ihnen in Teilen aber wieder anders aus. Der Bundeshaushalt Arbeit und Soziales im Haushaltsentwurf 2012 hat mit 126,6 Milliarden Euro eine enorme Höhe, und niemand kann behaupten, dass die soziale Sicherheit in Deutschland nicht gewährleistet sei.

(Beifall bei der CDU)

Sie sprechen allerdings von unverantwortlichen sozialpolitischen Rückschritten, vom Kahlschlag der schwarz-gelben Bundesregierung. Es sei sozialpolitisch und menschlich daneben, sagten Sie, Frau Wendland. Herr Reinken, Sie sprachen sogar von Beleidigung. Meine Damen und Herren, das sind Nebelkerzen, die Sie hier werfen, da sich Bremen vom Jobboom der Bundesrepublik völlig entkoppelt hat, weil Sie es hier mit Ihrer Arbeits- und Wirtschaftspolitik nicht hinbekommen haben, dass hier Menschen vermehrt in Arbeit geführt wurden.

(Beifall bei der CDU)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Es wird Sie nicht verwundern, dass wir Ihrem Antrag nicht zustimmen werden. Wir fordern aber den Senat auf, keine Projekte vor Ort, die wichtig sind - und ich kenne auch Projekte bei mir aus Osterholz zur Genüge -, langfristig, wie Sie es getan haben, aus Bundesmitteln zu finanzieren. Das können Sie nicht, sondern Sie müssen hier eigene Konzepte entwickeln. Die Haushaltsberatungen, die wir in Bremen haben, sind hier der richtige Schritt, dass Sie selbst auch sagen, wie Sie welche Projekte und Initiativen entweder institutionell oder proiektorientiert unterstützen werden. Sie können sich nur nicht darauf verlassen, dass der Bund Ihnen immer alles finanziert, was Sie vor Ort versuchen einzurichten. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Die CDU sagt immer, wir sparen nicht! Das ist doch irgendwie seltsam!)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Bernhard.

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Grunde genommen bestätigen Sie doch meine Aussagen. Es ist doch letztendlich ganz gut und schön, dass man sagt, nein, wir werden nicht für den Bund einspringen, wir bleiben hier und machen nichts. Ich meine, auf wessen Kosten diskutieren wir denn hier? Immer auf Kosten derjenigen, die sich vor Ort tatsächlich ausgiebig einsetzen, das möchte ich doch einmal ganz klar sagen!

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist geradezu erschütternd, was sich hier abspielt! Das ist doch wirklich unglaublich! Glauben Sie vielleicht, ich habe keine Ahnung, welche merkwürdigen Instrumente es gibt? Für die BEZ-Stellen haben wir einen Beschäftigungszuschuss für den ersten Arbeitsmarkt 2007 eingerechnet. Die Wirtschaft hätte 25 Prozent dazugeben müssen. Die Dinger lagen wie Blei im Regal. Vielleicht knapp 30 überhaupt sind an den ersten Arbeitsmarkt und an die Wirtschaft verteilt worden, das sind die Erfahrungen, die wir haben. Wenn das so großartig ginge, hätten wir das doch längst probiert, und es wurde auch versucht, es hat nur nicht gefruchtet.

Das andere ist, das muss ich doch noch einmal feststellen, wenn die SPD nicht in der Regierung ist, dann ist sie gar nicht so weit weg von unseren Plänen und Anwürfen. Die SPD hat zum Beispiel im Saarland 2010 einen Antrag zu Landesmittel in der Beschäftigungsförderung gestellt. Darin steht: "Ausgerechnet diejenigen, die Hilfe tatsächlich notwendig haben, werden drastisch beschnitten. Hier muss dringend gegengesteuert werden." Das könnten wir nicht besser sagen. Sie haben auch einmal festgestellt, wie viel Sie da hinein haben wollen: Lohnkosten mindestens von 1 639 Euro! Wissen Sie, wie viel wir momentan haben? 1 100 Euro brutto bei Vollzeitbeschäftigung! Das ist doch ein Witz, das kann man doch nicht allen Ernstes hier akzeptieren wollen. Da frage ich mich doch irgendwann, brauchen wir noch ein Arbeitsmarktressort? Wozu? Die Bundesregierung ist doch dafür zuständig. Das finde ich, ehrlich gesagt, eine Unverschämtheit gegenüber sämtlichen Projekten, die sich vor Ort tatsächlich einbringen und engagieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Da muss man ganz ehrlich sagen: Verantwortung sieht anders aus! Hier gibt es ja geradezu eine Phobie davor, Verantwortung zu übernehmen. Prima, wir sind handlungsunfähig, ist ja toll, dann müssen wir uns gar nicht viele Gedanken machen. Das finde ich erschütternd! Mit der Botschaft gehe ich nicht in die Stadtteile, und dagegen werde ich auch in Zukunft weiterhin angehen. Insofern kann ich nur sagen: Prost Mahlzeit für Bremen, so sollte es nicht aussehen! - Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Günthner.

Senator Günthner:*) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Röwekamp sagte gerade, als eine der Stützen der Bundesregierung finde er die Debatte natürlich in Teilen gut. Ich finde sie auch interessant, weil man eingangs natürlich zur Kenntnis nehmen muss - und ich finde, das blenden Sie komplett aus -, dass wir hier heute stehen und darüber debattieren, weil die Bundesregierung in diesem Bereich zum zweiten Mal in erheblichem Umfang die Mittel kürzt und es zum zweiten Mal zulasten von Langzeitarbeitslosen geht. Es mag ja so sein, dass es die eine oder andere Region in dieser Republik gibt, in der diese Probleme mit Langzeitarbeitslosen mit verfestigter Arbeitslosigkeit nicht bestehen.

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Herr Kollege Rohmeyer, ich bin Ihnen immer dankbar für Ihre Redebeiträge.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Oh!)

Warten Sie ab! Wer zuletzt lacht! Ich bin Ihnen vor allem immer dafür dankbar, dass Sie eine mittelschwere Erinnerungslücke haben. Wir haben ja ab 1995 zusammen als Große Koalition hier regiert, und die Langzeitarbeitslosigkeit hatte viel damit zu tun, dass wir vorher die großen Strukturbrüche gehabt haben, die Fischindustrie den Bach heruntergegangen ist, die Stahlindustrie Einbrüche zu verzeichnen hatte, es gab Maschinenbaueinbrüche auf den Werften und so weiter.

Ein großer Teil der Langzeitarbeitslosigkeit hat sich auch aus diesen strukturellen Problemen. die dieses Bundesland in den vergangenen 20 bis 25 Jahren hatte, ergeben. Deswegen kann man es sich natürlich als Taschenspielertrick hier verhältnismäßig einfach machen und sagen, es ist das Ergebnis der verfehlten rotgrünen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der vergangen Jahre, dass wir diese verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit haben. Das kann man sich so einfach machen, aber ich glaube, man sollte es sich nicht so einfach machen, weil eines nach meiner festen Überzeugung klar ist: dass man aus Verantwortung insbesondere gegenüber den Betroffenen auch verantwortungsvoll mit diesem Thema umgehen muss und nicht in diesem Maße machen darf, wie Sie es hier vorhin auf populistische Art und Weise versucht haben, Herr Kollege Rohmeyer!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will noch auf eine zweite Sache hinweisen! Man kann natürlich, wenn man vor dem Staatsgerichtshof mit seiner Grundauffassung zur Finanzpolitik dieses Senats nicht so erfolgreich war, anschließend sagen: Mein Gott, was interessiert mich das, was ich gestern gemeint habe? Heute fordere ich den Senat einmal dazu auf. Der Antrag der LINKEN ist zwar falsch

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: In der Sache richtig!)

aber trotzdem muss man vor Ort die Vorhaben, insbesondere bei Ihnen in Osterholz, wo Sie ziemlich viele Direktstimmen bekommen haben, absichern. Herzlichen Glückwunsch,

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Rohmeyer, das ist wirklich eine Meisterleistung stringenter Argumentation, das hier in dieser Art und Weise aufzubauen, und es zeigt vor allem auch die Unehrlichkeit, mit der Sie an das Thema Arbeitsmarktpolitik insgesamt herangehen!

Man kann sich nicht auf der einen Seite immer hinstellen und den Senat dafür kritisieren, er gebe mutmaßlich zu viel Geld aus und setze die Prioritäten falsch, und an einer anderen Stelle erklärt man dann, der Senat müsse jetzt aber an diesem Punkt, weil DIE LINKE ihn aufgeworfen hat und zufällig auch Ihr Wahlkreis möglicherweise davon betroffen ist, einspringen. Das wird so nicht funktionieren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Festgehalten werden muss, dass es uns gelungen ist, in den vergangen Jahren, auch dank der Wirtschaftspolitik, die wir gemacht haben, insbesondere in den starken Bereichen - - -.

(Abg. Hinners [CDU]: Welche?)

Welche! Das ist immer ein guter Zwischenruf! Ich habe ja glücklicherweise keine Redezeitbegrenzung, insofern kann ich das gern auch ausführen.

(Heiterkeit)

Ich nenne Ihnen, weil heute ein großer Kongress zum Thema Luft- und Raumfahrt stattfindet, diesen Bereich. Warum kommen diese Leute denn nach Bremen, um sich mit dem Thema Luft- und Raumfahrt zu beschäftigen? Ich weise Sie auf den Kongress hin, der heute im Rathaus zum Themenbereich maritime Technologie stattfindet. Warum kommen sie denn zum Themenbereich maritime Technologie nach Bremen? Ich weise Sie auf die Entwicklung der Offshore-Windindustrie und auf die Entwicklung bei Mercedes hin. Das hat etwas mit der guten wirtschaftlichen Entwicklung in dieser Stadt zu tun.

Man kann sich natürlich bei jeder sich bietenden Gelegenheit hinstellen und so tun, als müsse man das schlechtreden, was in dieser Stadt passiert, oder man sagt, das ist positiv, was sich wirtschaftlich in Bremen entwickelt hat, und daran haben ganz viele dieser Stadt Anteil, insbesondere die Unternehmen,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen) insbesondere aber auch alle, die in den vergangenen Jahren die Rahmenbedingungen entsprechend mitgesetzt haben. Bremen ist ein lebenswerter und starker Wirtschaftsstandort und hat viele zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in den vergangenen Jahren geschaffen. Das ist am Ende auch der Kurs, den wir in der Arbeitsmarktpolitik und in der Wirtschaftspolitik fortsetzen müssen.

Lassen Sie mich auch eine Bemerkung zu der Frage machen, wie man mit den aktuellen Kürzungen umgeht! Ich finde, insbesondere in dem Beitrag des Kollegen Reinken ist eines deutlich geworden: Wir müssen das, was in Bremen auch in den vergangenen Jahren schon als Weg beschrieben worden ist - -. Wir wissen natürlich ganz genau, wenn wir ehrlich zueinander sind, dass wir die Mittel, die vom Bund kommen, nicht substituieren können. Da muss man doch auch ehrlich sein. Es macht doch keinen Sinn, dass wir durch die Stadtteile laufen und jedem sagen, der uns fragt, irgendwie bekommen wir das schon hin, klopfen ihnen auf die Schulter, gehen zum Nächsten und sagen, irgendwie bekommen wir das schon hin. Dann gehen wir noch auf die nächste Polizeiwache, und dort sagen wir auch, an eure Lebensarbeitszeit gehen wir nicht heran, bei den Lehrern sagen wir, eure Stundenkontingente bleiben so, wie sie sind, und der Hafenwirtschaft sagen wir, die Hafengebühren werden nicht erhöht. Dieses Spiel kann man machen, ich glaube nur, dass es nicht verantwortungsvoll ist.

> (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen müssen wir bei dem, was bisher gelaufen ist, sehr präzise hinschauen

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das ist ein starker Widerspruch zu Herrn Böhrnsen!)

und sehr präzise überlegen, wie wir bestimmte Teile davon fortführen können.

Es ist aber auch deutlich, dass wir nicht alles fortführen können, weil wir am Ende von Bremen aus nicht ersetzen können, was vonseiten des Bundes hier wegfällt, so bitter das an vielen Stellen für die Betroffenen auch sein mag.

Wir müssen daran arbeiten, dass wir natürlich den bisherigen sozialräumlichen Ansatz weiterhin unterstützen. Wir müssen daran arbeiten, dass wir natürlich versuchen, die Platzzahlen weitgehend konstant zu halten, aber klar ist eben auch, dass das auch Einschnitte bedeutet, und über diese Einschnitte müssen wir konkret reden. Wir müssen konkret darüber

sprechen, was es bedeutet, wenn diese unverantwortliche Kürzungspolitik vonseiten des Bundes im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit weitergeht, denn am Ende, bei all den Maßnahmen, die ich beschrieben habe, die wir im Bereich des ersten Arbeitsmarktes ergriffen haben, um Menschen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen, und bei all dem, was wir an der einen oder anderen Stelle möglicherweise noch auffangen können, werden wir nicht alles auffangen können, was vonseiten des Bundes wegfällt.

Wer hier etwas anderes behauptet, ist nicht nur weltfremd, sondern versucht auch, bewusst Leute hinter das Licht zu führen, die eigentlich eine Perspektive in den Stadtteilen, eine Perspektive für Beschäftigung brauchen. Deswegen ist es nach meiner Auffassung verantwortungsvoller, deutlich zu sagen, wir haben große Probleme in diesem Bereich, und wir arbeiten alle zusammen in der bremisch bewährten Weise daran, dieser Probleme Herr zu werden. Hier aber zu erklären, alles bleibt so, wie es ist, und wir substituieren das, das wird nicht stattfinden. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Bernhard.

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss es wenigstens gesagt haben: Kaltschnäuziger kann man eigentlich den Projekten nicht sagen, seht zu, wo ihr bleibt, und das im Zuge der Armutsentwicklung, die wir hier in Bremen haben! Das finde ich nach wie vor unglaublich! - Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort Herr Senator Günthner.

Senator Günthner: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das provoziert, sich noch einmal zu Wort zu melden! Ich finde, bei einem müssen wir auch ein bisschen aufpassen: Bei all dem, was in den kommenden Jahren in dieser Stadt, in diesen Städten bevorsteht, immer mit dem Finger auf die anderen zu zeigen und zu sagen, die sind für die Armutsentwicklung verantwortlich, die sind dafür verantwortlich, dass soziale Probleme nicht gelöst werden.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das liegt der SPD ja völlig fern!)

das ist meiner Auffassung nach, Frau Bernhard, zu billig. So bekommen Sie natürlich einmal einen schnellen Punkt hier in der Bürgerschaft,

(Zurufe von der SPD und von der CDU: Nein!)

so schaffen Sie es möglicherweise auch, dass der eine oder andere das gut findet, was Sie machen, aber damit lösen Sie nicht ein einziges Problem.

> (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden am Ende - -. Es ist der Begriff der Ehrlichkeit gefallen, deswegen habe ich das hier auch so deutlich gesagt, weil ich keine Lust habe, dieses Spiel mitzumachen, bei dem man versucht, Leuten Sand in die Augen zu streuen und so zu tun, als könnte man schon alles lösen, wenn man sich nur freundlich anschaut. Bei den Problemen, die vor uns stehen, müssen wir uns ein gutes Stück weit unterhaken, das ist das, was bisher auch mit den Trägern und mit den Akteurinnen und Akteuren auf diesem Feld stattgefunden hat. So schlanke Bemerkungen wie "bei der Armut, die wir haben", kann man auch hochreden, die kann man auch noch weiter herbeireden.

Wir müssen Lösungen dafür anbieten, und diese bestehen insbesondere darin, dass wir Menschen in Beschäftigung bringen, aus der sie aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt bestreiten können - das muss man an dieser Stelle auch sagen -, nicht in subventionierte Beschäftigung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 18/29 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Konzept zur Abschaffung der Umweltzone vorlegen

Antrag der Fraktion der CDU vom 13. September 2011 (Drucksache 18/30 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der letzten Sitzung der Bürgerschaft habe ich in der Fragestunde erfahren, wie viele Verstöße es von Auswärtigen gegen die dritte Stufe der Umweltzone gegeben hat. Die Zahlen haben mich wirklich sprachlos gemacht, das muss ich ehrlich sagen, denn fast 50 Nichtbremer bekommen seit Einführung der dritten Stufe der Umweltzone täglich einen Strafzettel. Ich weiß nicht, ob ein Punkt in Flensburg oder über 60 Euro Strafe schöne Souvenirs sind. Auf jeden Fall erzählt ja jeder Empfänger davon zu Hause, ich kann mir das richtig vorstellen: Ich war letzte Woche in Bremen, wir waren einkaufen, wir waren im Museum, wir haben uns etwas angeschaut; eigentlich eine nette Stadt, schönes Rathaus, die Stadtmusikanten, ein bisschen klein, ich habe sie mir größer vorgestellt, aber jetzt stell dir einmal vor, da bekomme ich doch einen Strafzettel, weil ich keinen grünen Aufkleber hatte, muss 60 Euro bezahlen und bekomme einen Punkt. Ja, so ist es leider! Jetzt meinen Sie, diese 50 Nichtbremer, die einen Strafzettel bekommen haben, kommen noch einmal in diese Stadt zurück?

(Zuruf)

Ja, das wird in Stuttgart dann wahrscheinlich ähnlich sein!

(Abg. Frau Garling [SPD]: In Hannover auch!)

Das ist ja nun die Frage! Ich komme aber gleich noch darauf zu sprechen, warum es eigentlich so sinnvoll ist.

Ich glaube, dass diese Leute nicht wieder in diese Stadt kommen und natürlich auch ihren Freunden und Nachbarn erzählen, dass sie vielleicht beim nächsten Mal für ihren Tagesausflug nach Oldenburg oder Hamburg fahren. Ich bin der Meinung, das ist für das Image Bremens eine Katastrophe, und das sagen ja nicht nur wir, sondern auch Verantwortliche aus der Tourismusbranche. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, werden mir sicher gleich sagen, ja, es gibt doch dazu die Ausnahmegenehmigung für Touristen, die 50 Auswärtigen, die täglich diesen Strafzettel bekommen,

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Die 40 anderen deutschen Städte mit Umweltzonen!)

hätten ja nachfragen können. Das werden Sie mir gleich alles erzählen. Das ist ein großartiger Vorschlag, den Sie ja auch gemacht haben: Die Touristen sollen ihre Buchungsbestätigung des Hotels hinter die Windschutzscheibe legen, das ist eine ganz tolle Sache! Schlecht ist nur, dass darauf meistens die Privatadresse steht, sodass jeder weiß, dass sie von auswärts sind, wo sie wohnen und dass man da vielleicht das eine oder andere machen kann. In den meisten Fällen, das ist das Nächste, wissen die Touristen wahrscheinlich gar nichts von dieser Umweltzone oder übernachten bei Freunden und Verwandten, sodass sie gar keinen Nutzen von diesen Ausnahmetatbeständen haben.

Damit aber noch nicht genug: Auch die Städtereisenden, die täglich mit dem Reisebus nach Bremen kommen werden - ab 2012 sollen es mit der Liberalisierung ja mehr werden -, will der Senat ab 2012 nicht mehr in dieser Stadt haben, denn dann laufen die Ausnahmegenehmigungen für die Reisebusse aus, die die Tourismusbranche bisher nutzen konnte und mit der wir sehr gut zurechtgekommen sind. Ab 2012 dürfen nur noch Reisebusse mit grüner Plakette in die Stadt. Die Reisebusunternehmen sind dann gezwungen, entweder ihre Flotte umzustellen oder wahrscheinlich diese Stadt nicht mehr anzufahren. Die Branche ist sehr gut vernetzt und das wird auch Auswirkungen haben.

(Abg. Frau Garling [SPD]: Genau, die Innenstadt verödet!)

Aber bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, wenn Sie meinen, dass die Tourismusbranche auf ein paar Touristen mehr oder weniger und die damit verbundenen Steuereinnahmen verzichten kann, dann ist das ihre Entscheidung.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Stimmt! Die können nicht nach Stuttgart, Hannover, Berlin!)

Wenn Sie der Meinung sind, dass das so ist, dann ist es so. Wir haben da ehrlicherweise eine andere Meinung. Wir sind der Meinung, und das ist ja auch unsere Forderung, dass die Ausnahmegenehmigungen für die Reisebusse entfristet werden müssen. Aber gut, wahrscheinlich werden Sie diesen Antrag ablehnen! Wir sollten jedenfalls alles dafür tun, dass Bremen eine gastfreundliche Stadt bleibt, und wir sollten uns dafür einsetzen, unser weltoffenes Image zu erhalten. Das gelingt uns nicht, wenn wir täglich Touristen mit überflüssigen Strafzetteln vergraulen.

(Beifall bei der CDU)

Kurios an der ganzen Sache ist aber, dass Sie Touristen vertreiben, Handwerksbetriebe belasten und damit den Nutzen der Umweltzone nach wie vor nicht nachweisen können. Das ist es eigentlich, worüber ich mich ärgere. Wenn Sie wirklich einen Nutzen ansatzweise nachweisen können, aber das ist bisher nicht gegeben, vielmehr belegen die Immissionsmessungen von 2010, dass bereits im vergangenen Jahr die Grenzwerte für Feinstaub sei allen Messstationen in Bremen eingehalten werden konnten, obwohl noch nicht einmal die letzte Stufe in Kraft getreten war, es gab also keine Notwendigkeit, sofort auf eine Verschärfung zu setzen, da frage ich mich, was diese Verschärfung in diesem Jahr noch bringen soll. Unter uns gesagt, ich habe da eine Theorie: Weil Sie die Immissionsmessungen kennen, produzieren Sie manches Mal einen Stau, sodass dann im Grunde genommen die Umweltwerte irgendwie immer überschritten werden, und dann wird es eine Gegenbewegung geben.

(Glocke)

Sind die fünf Minuten schon um?

(Zurufe: Das reicht auch!)

Nein, das reicht eben nicht! Ich will nur noch Folgendes sagen: Eines ist doch klar, Sie haben bis heute die Umweltzone nicht mit dem begründen können, was sie gemacht haben. Es ist im Grunde genommen nur ein Vergraulen von Handwerkern, Touristen und der Logistikwirtschaft. Solange Sie das nicht nachweisen können, solange Sie die Umweltzone nicht abschaffen oder zumindest aussetzen, werden wir Sie auch weiterhin mit diesem Problem nerven. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich Ihnen, Herrn Strohmann, diesen Jahresbericht über Immissionsmessungen im Lande Bremen überreichen,

(Abg. Strohmann [CDU]: Ich habe ihn!)

weil ich dachte, Sie hätten ihn nicht. Ich habe jetzt aber mitbekommen, Sie haben ihn doch gelesen, aber sehr selektiv, muss ich sagen, weil Ihnen die Hälfte dabei nämlich nicht aufgefallen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ätzend, Herr Kollege, war nicht Ihre Rede, sondern ist Stickstoffdioxid, und das haben Sie völlig vergessen.

(Heiterkeit)

Sie haben das Stickstoffdioxid in Ihrem Antrag dann wundersamerweise doch noch wiedergefunden, indem Sie es nämlich beim Concordia-Tunnel erwähnt haben, vorn sprechen Sie aber nur von Feinstaub.

Der Grenzwert für den Feinstaub ist in der Tat 2009 und 2010 eingehalten worden. Das hat etwas mit der Umweltzone zu tun, die wir eingeführt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wenn Sie diesen Immissionsbericht aufmerksam gelesen hätten, aber eben nicht nur selektiv, dann hätten Sie feststellen können, es lagen in dem Jahr besondere klimatische Bedingungen vor. Selbst beim Feinstaub kann man also noch keine Entwarnung geben. Am Dobbenweg ist der Wert 29 Mal überschritten, also knapp übersprungen worden.

(Abg. Strohmann [CDU]: Warum?)

Beim Stickstoffdioxid, um dabei zu bleiben, ist die Latte überall gerissen worden, wo innenstadtnah gemessen wurde.

Nun gibt es EU-Verordnungen, die sagen nicht, bitte, Bremen, mach das einmal, sondern die sagen, ihr müsst, und wenn nicht, dann wird das sehr teuer. Ich habe eigentlich gedacht, dass Sie noch einigermaßen mit Geld umgehen können.

(Zurufe: Nein!)

Meine Kollegen sind anderer Meinung!

Es gibt Schadensersatzforderungen pro Tag das wissen Sie auch -, eine sechsstellige Summe, die sich Bremen einfach nicht leisten kann, und den fahrlässigen Umgang mit der Gesundheit unserer Bürger, den Sie uns da vorschlagen, schon gar nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie haben zu Recht gesagt, dass der Nutzen einer Umweltzone evaluiert werden muss, das steht auch in der Koalitionsvereinbarung. Es ist doch aber, glaube ich, offensichtlich, dass Autos, die mit einem Partikelfilter ausgestattet sind, weniger Abgase in die Umwelt blasen als Autos, die keinen Partikelfilter haben. Die Schätzungen, wie hoch die Luftentlastung durch eine Umweltzone ist, liegen etwa zwischen 10 und 14 Prozent, darüber ist man sich nicht ganz einig. Natürlich ist die Umweltzone nicht die umweltfreundlichste Art, um uns davor zu schützen, sondern die Einrichtung von Fahrradstraßen und Fußgängerzonen. An dieser Stelle wird das aber nicht möglich sein.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das ist ein guter Vorschlag!)

Das ist ein guter Vorschlag, das finde ich auch!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Vielleicht auf der Strecke zwischen Bremen und Bremerhaven!)

Das sind doch einmal konstruktive Vorschläge, Herr Röwekamp!

Kommen wir doch noch einmal auf die Umweltzone in Bremen zurück. Ich denke, sie ist sehr nutzerfreundlich ausgestattet worden. Ich nenne hier einmal das Stichwort Flottenvertrag. Den gibt es nur in einer Umweltzone, und davon gibt es viele in Deutschland, und nicht nur in Deutschland, sondern auch in Italien. Kopenhagen zum Beispiel hat gerade Stufe 4 ausgerufen, eine Stadt, die eigentlich mit Bremen vergleichbar ist, die sich dem Tourismus verschrieben hat und die eine starke Hafenwirtschaft hat. Dort gibt es eine riesige Fußgängerzone, und es gibt die Schadstoffklasse 4, die Kraftfahrzeuge dort einhalten müssen. Der Tourismus boomt, die Touristen bleiben nicht weg, und die Umweltzone wird weiter ausgeweitet.

Ich sehe also bei diesen vielen Beispielen nicht das, was Sie an die Wand malen, denn es kommt einfach darauf an, dass wir die Regeln, die wir selbst einhalten müssen, auch irgendwann verbindlich machen. Es ist niemandem zuzumuten, der seine Fahrzeuge umgerüstet hat, darauf vertrauend, was wir festgelegt haben, nun mit anzusehen, wie das Festgelegte durch weitere Ausnahmeregelungen immer weiter aufgeweicht wird. Das ist niemandem zuzumuten! Das ist auch der Gesundheit unserer Bürger nicht zuzumuten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie bearbeiten hier ein altes Thema in ziemlich trister Monotonie - daher ist das irgendwie ein ödes und abgearbeitetes Thema - und übersehen dabei völlig, dass Ihre Argumentation sachlich und fachlich dermaßen schlecht ist, dass sie noch nicht einmal mehr zur Symbolpolitik taugt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein Stück Symbolpolitik ist dann der Concordia-Tunnel, den haben Sie auf wundersame Weise auch mit diesem Antrag vermischt.

(Zuruf des Abg. Strohmann [CDU])

Ja, genau! Ich bin morgens einmal in der Verkehrsleitzentrale gewesen, und Kollegen von mir auch!

(Abg. Strohmann [CDU]: Da produzieren Sie aber die Arbeit!)

Sie sind, glaube ich, bisher dort nicht entdeckt worden. Das können Sie ja noch nachholen. Auf der Schwachhauser Heerstraße in Höhe des Concordia-Tunnels gibt es vielleicht einmal einen Stau, wenn die Ampel der Parkstraße Rot zeigt. Es gibt dort keine nennenswerte Beeinträchtigung des Verkehrs. Es ist nicht nur eine Halbwahrheit, wenn Sie das behaupten, es ist schlichtweg die Unwahrheit. Das Problem ist der Verkehrsknoten davor. Wissen Sie das eigentlich?

(Abg. Strohmann [CDU]: Stimmt nicht, was Sie sagen!)

Der Concordia-Tunnel, der für 40 000 Fahrzeuge mit vielen Millionen Euro ausgebaut worden ist, hat seinen limitierenden Faktor am Verkehrsknoten davor, der nämlich nur 20 000 Fahrzeuge durchlässt. Daher ist die ganze Argumentation, die dort seit Jahren vertreten wird, falsch, weil es eben diesen limitierenden Faktor des Verkehrsknotens davor gibt. Dort kommen nur 20 000 Autos durch, deswegen

kann sehr wohl rechts geparkt werden, deswegen kommt es nicht zum Stau vor dem Concordia-Tunnel.

(Abg. Strohmann [CDU]: Das ist ziemlich frech, was Sie da sagen!)

Nein, das ist nicht frech!

(Abg. Strohmann [CDU]: Das ist sehr weit hergeholt!)

Genauso weit hergeholt ist es, dass Sie das einfach so dort hineingeschrieben haben. Sagen Sie gleich noch etwas dazu, dann werde ich Ihnen noch einmal antworten! - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abg. **Gottschalk** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer zahlenmäßig in der Minderheit ist und zum x-ten Mal mit dem gleichen Thema kommt, sollte eigentlich gute Argumente haben. Was die CDU uns mit diesem Antrag auftischt, ist aber nur ein Potpourri aus dreierlei Zutaten: die Deutung von Zahlen in eigenem Interesse, dem Aufbauschen vermeintlicher Probleme und einer ziemlichen Ignoranz vor dem eigentlichen Problem, um das es geht, nämlich dem Gesundheitsschutz.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu den Zahlen! Von Mitte Juli bis Mitte August wurden rund 1 900 Verstöße gegen die Umweltzone registriert, rund drei Viertel davon sind auf Personen entfallen, die ihr Auto nicht in Bremen registriert hatten. Das ist ein relativ hoher Anteil, der darauf hinweist, dass es im Übergangszeitraum Informationsdefizite gegeben hat. Wenn das anhalten sollte, wird man sich in der Tat Gedanken darüber machen müssen. Die genannten Zahlen belegen allerdings nicht, dass es sich bei den Betroffenen vorwiegend um Gäste und Touristen handelt. Nach Bremen pendeln rund 100 000 Beschäftigte aus den Umlandgemeinden, viele davon mit einem Auto. Allein schon diese Zahl legt es nahe, dass ein großer Anteil auf diese Gruppe entfällt. ist und nichts mit Touristen und Gästen zu tun hat. Völlig an den Haaren herbeigezogen ist es außerdem, aus den genannten Zah-

-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

len eine Bedrohung für den Bremer Tourismus oder für den Bremer Einzelhandel zu konstruieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Strohmann [CDU]: Das ist nicht von mir!)

Zur Erinnerung, Herr Strohmann, kurz nach Inkrafttreten der Umweltzone im Februar 2009 wurden rund 4 000 Verstöße gegen die Umweltzone geahndet. Das waren mehr als doppelt so viele, wie jetzt nach dem Inkrafttreten der dritten Stufe. Wenn die Zusammenhänge, die Sie hier konstruieren, stimmen würden, hätten wir im Nachgang des Februars 2009 einen massiven Einbruch im Übernachtungsgewerbe gehabt. Das Gegenteil war der Fall. Was Sie hier aufbauen, ist deshalb ein völliger Popanz!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Gleiche, Herr Strohmann, gilt für die Reiseunternehmen, für die Sie hier die Alarmglocke läuten. Für Reisebusse gilt eine Übergangsfrist von vier Jahren, das ist eine der großzügigsten Ausnahmeregelungen gewesen, die wir überhaupt darin haben. Die Reisebusunternehmer hatten und haben deshalb genügend Zeit, sich umzustellen und sich zumindest einen Bus oder zwei moderne Busse anzuschaffen. Diesen Anlass hatten sie natürlich umso mehr, als nicht nur in Bremen eine Umweltzone eingerichtet worden ist, sondern auch in einer ganzen Reihe anderer Städte, und diese wollen die Reisebusunternehmen sicherlich auch anfahren.

Wenn wir jetzt diese Ausnahmeregelung, wie Sie es vorschlagen, für Reisebusse entfristen, brüskieren wir nicht nur diejenigen, die ihre Reiseflotten umgerüstet und sich auf diese neuen Herausforderungen eingestellt haben, sondern wir würden auch einen ganz seltsamen Anreiz schaffen. Wir würden nämlich den Anreiz schaffen, dass die Reiseunternehmen nach Berlin und Hannover ihre modernen abgasarmen Busse einsetzen und nach Bremen die alten Stinker. Das kann es ja wohl hier im Land wirklich nicht sein!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein solches gesundheitspolitisches Dumpingangebot zu unterbreiten, ist sicherlich völlig daneben.

Im Übrigen, Herr Saxe hat es schon gesagt, ist es eben leider nicht so, dass wir in Sachen Feinstaub schon unsere Ziele erreicht haben. Auch in diesem Jahr, das ist gesagt worden, gab es an einzelnen Hotspots Grenzwertüberschreitungen, und aus diesem Grund, das wissen Sie ja aus Ihrer Mitgliedschaft in der entsprechenden Deputation eigentlich auch, ist eine Fristverlängerung bei der EU beantragt worden. Wenn wir jetzt Ihrem Antrag folgen würden, würden wir zweierlei tun: Wir würden erstens ignorieren, dass wir nach wie vor nicht hinnehmbare Gefährdungen für die Gesundheit hier in der Stadt haben. Wir würden zweitens riskieren, wegen Nichtstuns auch noch saftige Strafzahlungen an die EU leisten zu müssen. Solch bornierte Politik werden wir sicherlich nicht mittragen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir gehen davon aus, dass erst die dritte Stufe der Umweltzone die notwendigen nachhaltigen Verbesserungen bringen wird. Das wird im Jahr 2014 ausgewertet. Wenn wir dann feststellen, dass die Grenzwerte der Schadstoffbelastung eingehalten werden, wird die Umweltzone im Jahr 2015 wieder abgeschafft. Das ist die geltende Beschlusslage der Bürgerschaft und des Senats, und das ist unser Konzept zur Abschaffung der Umweltzone. Daran halten wir fest, und deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab. - Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich vergleichsweise kurzfassen, die Fakten liegen auf dem Tisch. Wir brauchen eine Umweltzone, meiner Meinung nach sogar eine größere. Wir brauchen eine Umweltzone mit möglichst wenigen Ausnahmen, meiner Meinung nach gibt es davon zu viele. Jetzt aber zu sagen, wir brauchen sie nicht mehr, und wir müssen sie dringend wieder abschaffen - das haben meine Vorredner begründet -, das ist aus unterschiedlichen Gründen Unsinn. Wir erreichen die Grenzwerte für Feinstaub und Ähnliches nicht. Wir bekommen Ärger mit der EU. Das sind alles Gründe, warum es einfach unsinnig ist zu sagen, wir schaffen die Umweltzone ab.

-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Was ich interessant finde, ist die Begründung. Möglicherweise können wir auch das Strafmaß für das Fahren über rote Ampeln etwas senken, weil möglicherweise auch von einer derartigen Strafe Auswärtige betroffen sind und dadurch abgeschreckt werden, Bremen als Touristen zu besuchen. Vielleicht kann man auch die Strafen für Geschwindigkeitsüberschreitungen in Tempo-30-Zonen noch einmal daraufhin überdenken, ob sie nicht Auswirkungen auf die touristische Attraktivität und Wirtschaft in Bremen hat. Ähnlich ist Ihre Begründung. Es gibt eine ganz klare Vorschrift, dass man in Bremen in einem bestimmten Gebiet nur mit einer grünen Plakette fahren darf, für Missachtung sind die Strafen und die Folgen bekannt, und jeder Autofahrer, der nach Bremen fährt, muss das wissen. Das gilt sowohl für Geschwindigkeitsbegrenzungen, für das Fahren über rote Ampeln als auch für das Fahren in der Umweltzone.

Jetzt kann man sagen, ja, das ist etwas anderes, das war über lange Zeit etwas anderes. Über lange Zeit war es so, dass die Emission von Kraftfahrzeugen eher ein Übel war, das man hingenommen und teilweise gar nicht gewollt hat. Wir wissen jetzt, dass Emissionen von Kraftfahrzeugen eine ähnlich gesundheitliche Bedrohung für Mensch und Umwelt darstellen wie die Überschreitung der Geschwindigkeitsbegrenzung. Die Folgen der Überschreitung der Geschwindigkeitsbegrenzung sind oftmals unmittelbarer, in Form von Unfällen sind sie sofort da. Die permanente Belastung der Umwelt, durch Feinstaub, Stickoxide und ähnliche Dinge mehr verursacht aber Krebs und Krankheiten auf lange Sicht.

Deswegen kann man aufgrund der Tatsache, dass es so viele Verstöße gab, nicht verlangen, eine vernünftige und sinnvolle Regelung wieder abzuschaffen. Diese Begründung höre ich hier in diesem Raum zum ersten Mal und ausgerechnet von der CDU, das verwundert mich. Allein schon diese Begründung reicht aus, um den Antrag abzulehnen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN; bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist also nicht so, dass die CDU sagt, wir müssen Umweltzonen einführen, sondern wir sagen, wir müssen die Grenzwerte einhalten. Sie tun so, als wenn wir da einen Popanz aufgebaut haben. Ehrlich gesagt, wir haben den touristi-

schen Aspekt nicht erfunden, sondern er ist von Herrn Siemering von der Bremer Touristik-Zentrale GmbH und von der Tourismusbranche gekommen, und zwar nicht von ungefähr. Geschwindigkeitsüberschreitungen mit der grünen Plakette zu vergleichen, halte ich auch für ziemlich weit hergeholt.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie ist es denn woanders?)

Für uns ist der Ansatz, ob wir die Umweltzone abschaffen oder nicht - oder wie Sie es jetzt machen, auf 2015 vertrösten -, das eine, nur die Sinnhaftigkeit der Zwischenregelung, die wir da finden, halten wir nicht für sinnvoll, denn durch automatische Umrüstung, die wir ja schon in den letzten Jahren auch durch die Abwrackprämie der Bundesregierung gehabt haben, wird es eine Umrüstung ohnehin geben, darum ging es bei der Entfristung. Logischerweise werden die Busunternehmen automatisch gezwungen sein, zu modernisieren, nicht nur im Motorenbereich, sondern auch im Ausstattungsbereich, da kommt es ohnehin zu einer Umrüstung. Sie haben jetzt zusätzlich ein Instrument eingebaut, bei dem auch Sie nicht nachweisen konnten, dass es sinnvoll ist. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt, und deswegen halten wir ihn auch für sinnvoll. Das hat jetzt auch nur bedingt mit der Umweltzone als solche zu tun, sondern es geht um die Zwischenprobleme, die Sie hier bürokratisch aufbauen. Einen umwelttechnischen oder ökologischen Effekt konnten auch Sie nicht nachweisen.

Zum Stau im Concordia-Tunnel kann ich nur sagen: Herr Saxe, Sie haben recht! Im Concordia-Tunnel gibt es auch keinen Stau mehr, denn Sie und der Umwelt- oder Verkehrssenator haben es mit dem freien Parken auf der rechten Spur gut geschafft, diesen Stau nach hinten zu verlagern. Wenn Sie sich jetzt also in die Verkehrsleitzentrale setzen und sich die Videoübertragung aus dem Concordia-Tunnel anschauen, werden Sie keinen Stau sehen, die Menschen werden alle schön einspurig fahren. Fragen Sie aber doch einmal diejenigen, die aus der Vahr, aus Oberneuland oder aus Borgfeld kommen und in die Schwachhauser Heerstraße einbiegen wollen, was da los ist oder was auf der Querverbindung zur Hollerallee/Stern hin los ist! Sie werden das mit dem Fahrrad wahrscheinlich nicht so mitbekommen. Stellen Sie sich dort morgens einmal ein paar Stunden hin, dann können Sie sich das anschauen! Darüber wird auch noch nicht das letzte Wort gesprochen sein. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich dachte schon, Sie wollten mir die Freude nehmen, indem Sie nichts mehr über den Concordia-Tunnel sagen würden. Dann fange ich einfach einmal damit an: Ich war nun zufällig Beiratssprecher dieses Stadtteils, und ich wohne 500 Meter von dem Concordia-Tunnel entfernt, also, ich weiß, welche Straßen da verlaufen und welche Belastungen es dort gibt. Ich spreche selbst mit den Anwohnern, und, wie gesagt, ich war in der Verkehrsleitzentrale. Waren Sie dort eigentlich schon?

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU])

Ich kann das nur jedem empfehlen. Das einzige Problem, das es dort gibt, das haben Sie schon zu Recht gesagt, ist der Stau, der sich bis zum St. Joseph-Stift zurückstaut, und da kann ich Ihnen sagen, den hat es schon sehr viel länger gegeben, den gibt es schon seit Jahren an dieser Stelle. Was sollte sich da auch groß verändern? Es gehen da einfach nur 20 000 Autos hindurch, da Sie können machen, was Sie wollen! Sie hätten damals, als dieser Unsinn, ich sage es noch einmal, mit den 17 Millionen Euro geplant wurde, darüber nachdenken müssen, dass es nicht nur eine Scheibchenpolitik gibt, sondern dass man Verkehrspolitik ein bisschen weiter planen müsste.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Zuruf des Abg. Strohmann [CDU])

Herr Strohmann, wir setzen uns irgendwann einmal zusammen, und dann rechne ich Ihnen das ganz einfach vor. Ich glaube, hier werden Sie es heute nicht mehr verstehen.

Jetzt komme ich einmal wieder zu der Umweltzone! Ich habe jetzt gedacht, es wäre in dem zweiten Aufschlag noch ein bisschen mehr Gehalt, doch ich habe mir nichts mehr aufschreiben können, weil die ganzen Argumente, die da waren, schon genannt worden sind. Ihnen sind keine neuen Argumente eingefallen. Noch einmal: Es wird verdammt teuer, wenn wir die Stickstoffdioxide nicht in den Griff bekommen, und eine Ausnahmeregelung von der EU bekommen wir nicht, wenn es keine Umweltzone gibt. Also, warum wollen Sie die Umweltzone abschaffen? Warum wollen Sie Millionen Euro zur EU geben? Das kann sich ein Haushaltsnotlageland nicht leisten. Dazu haben Sie nichts, aber auch wirklich gar nichts gesagt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Weil Sie mir keine Argumente mehr geliefert haben, steht auf meinem Zettel nichts mehr, und deswegen breche ich das an dieser Stelle jetzt einfach ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin ja noch nicht so lang in Bremen und bin immer wieder erstaunt, wie man über diese Fragen diskutieren kann.

(Abg. Hinners [CDU]: Wir auch!)

Ich bin auch erstaunt, das muss ich wirklich sagen, dass überhaupt noch Autos von auswärts in die Stadt Bremen hineinfahren und die Möglichkeit haben, sich hier ohne grüne Plakette erwischen zu lassen, weil es in der Tat so ist, dass es ja doppelt so viele Verkehrssünder gewesen sind, die vor zwei Jahren, 2009, hier eingefahren sind, die haben das ganz schnell gelernt. Das ist, glaube ich, heute noch nicht zur Sprache gekommen. Innerhalb weniger Monate ist die Zahl der monatlichen Strafmandate um einen Faktor acht gesunken, und zwar von rund 4 000 auf rund 500 Strafmandate. Wenn wir diese Lernkurve extrapolieren, dann werden wir in kürzester Zeit nur noch rund 200 oder 250 Strafmandate im Monat haben, und die Einbrüche sind bisher ja in der Tat weder im Einzelhandel noch im Tourismusgewerbe zu verzeichnen gewesen. Ich gehe auch nicht davon aus, dass Sie sie künftig sehen werden.

Da ich eigentlich immer davon ausgegangen bin, dass die CDU eine der Parteien ist, die sich ein bisschen wirtschaftlichen Sachverstand zugutehält, möchte ich noch einmal auf die Grundlagen - -.

(Abg. Tschöpe [SPD]: Den hat es hier nie gegeben! - Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Glaube stirbt zuletzt!

Ich möchte mit Ihrer Erlaubnis, Herr Tschöpe, kurz noch einmal etwas zu der Europäischen Luftreinhalterichtlinie sagen, sie ist ja die Grundlage, die grundlegende Gesetzgebung auf der EU-Ebene. Sie ist auch nicht von irgendwoher gekommen, sondern sie ist, wie ich das immer sage, das am besten begründete und das am sorgfältigsten abgeleitete Stück

Gesetzgebung, das ich in vielen Feldern überhaupt kenne. Das ist ja nicht einfach von Brüssel gekommen, sondern das haben die Mitgliedsstaaten gemeinsam im Ministerrat, genauso wie das Europäische Parlament und die Europäische Kommission hergeleitet. Das ist keine ökologische und auch keine gesundheitspolitische Sentimentalität, sondern diese Luftreinhalterichtlinie ist rein wirtschaftlich gerechnet. Das habe ich hier heute noch nicht gehört, und deswegen möchte ich das einfach noch einmal deutlich machen.

Man hat anhand epidemiologischer und versicherungsmathematischer Daten über die Lungenerkrankungen, über die vorhin schon gesprochen wurde, die Bronchitiserkrankungen, die Lungenkrebserkrankungen und dergleichen, von denen man weiß, dass sie durch Feinstaub und Stickoxide hervorgerufen werden, ausgerechnet, was es kostet, die Erkrankungen mit der Zahl der Krankheitstage, die die Menschen ausfallen, der medizinischen Behandlungskosten und der Produktivitätsausfälle in der Wirtschaft zuzulassen. All dies hat man ausgerechnet und damit ein Zielniveau für die Luftqualitätswerte festgelegt, das sind die 50 beziehungsweise 40 Mikrogramm für den Feinstaub und für die Stickoxide, mit bestimmten Beschränkungen auch bezüglich der Kurzzeitüberschreitungen, weil diese Inversionswetterlagen dann eben die Krankheiten hervorrufen. Aufgrund dieser volkswirtschaftlichen und ökonomischen Berechnungen hat man das Zielniveau für die Luftqualität so festgelegt, dass es volkswirtschaftlich günstiger, billiger, wirtschaftlicher ist, diese Grenzwerte einzuhalten, als sie nicht einzuhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auf dieser wirklich rationalen Grundlage haben sich die Mitgliedsstaaten gemeinsam verständigt, dass es sinnvoll ist, eine solche Luftreinhalterichtlinie zu verabschieden. Sie ist im Jahr 1999 verabschiedet worden. Dem ging eine vier- bis fünfjährige Debatte voraus, nicht nur der Wissenschaft, sondern auch der Mitgliedsstaaten und der Wirtschaftsverbände. Alle Akteure haben schon damals, seit Mitte der Neunzigerjahre, diese Luftqualitätsziele diskutiert. Man hatte deshalb - von heute gesehen mehr als zwölf Jahre Zeit, sich auf diese Entwicklung einzurichten.

Es ist auch so, dass man schon sehr lange weiß, dass der Kfz-Verkehr eine der wesentlichen Verursacher dieser Schadstoffe ist. Man weiß auch seit Langem, dass bestimmte Regulierungen am Kraftfahrzeug, sowohl emissionsseitig am Auspuff als auch hinsichtlich der Einfahrerlaubnis in Umweltzonen, die mit Ab-

stand wirksamsten Maßnahmen sind, um die noch einmal volkswirtschaftlich begründeten Luftqualitätsziele herbeizuführen. Aus diesem Grund hat man 1999 die Europäische Luftqualitätsrichtlinie verabschiedet. Sie musste dann in nationales Recht umgesetzt werden. Es gab Übergangsfristen zunächst bis 2005, die dann mehrfach verlängert worden sind. Es ist ja auch heute noch einmal alles hier angesprochen worden.

Wir haben heute noch in Bremen Schwierigkeiten mit der Einhaltung der Stickoxidgrenzwerte, beziehungsweise wir können sie nicht einhalten. Mein Ressort ist in diesen Wochen dabei, in Brüssel noch einmal eine Ausnahmegenehmigung zu beantragen. Wir wissen aus den bisherigen Verhandlungen, als wir noch die Feinstaubprobleme hatten, und aus den Verhandlungen anderer Kommunen, dass man bei der EU einen ganz schlechten Stand hat, wenn man nicht nachweist, dass man die bekannten zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einhaltung der Luftqualitätswerte tatsächlich auch ergreift und umsetzt. Dann drohen EU-Vertragsstrafen, die bis zu einer viertel Millionen Euro pro Tag betragen können. Das ist ja kein Pappenstiel! Hier sollte man ökonomisch auch noch einmal rechnen, ob Bremen sich das leisten will oder nicht.

Im Übrigen möchte ich noch eines sagen: Bremen ist von allen deutschen Großstädten, wenn ich jetzt einmal vom Stadtgebiet Bremen rede, die Stadt, die meteorologisch und geografisch die mit Abstand günstigsten Bedingungen hat, um die Luftqualitätswerte einzuhalten. Ich fände es außerordentlich blamabel, wenn wir uns in Bremen nicht zum Ziel setzen würden, die Maßnahmen zu ergreifen, damit wir auch diese Qualitätswerte einhalten. Ich gebe zu bedenken, dies ist auch ein, ich sage einmal, weicher Standortfaktor.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unsere Unternehmen werben um qualifizierte Arbeitskräfte, denen die Welt offen steht, Ingenieure und Ingenieurinnen oder Ähnliche, die die Wahl haben, wohin sie gehen wollen. Sie schauen nicht nur, wo sie gute Jobs finden, da hat sich hier ja, das hat Herr Senator Günthner gesagt, die Wirtschaft in den letzten Jahren erfreulich gut entwickelt, sondern sie schauen auch, wo die sonstigen Standortfaktoren stimmen, das geht von Bildungsangeboten für die Kinder über Kultur- und Theaterangebote bis hin zu der Frage, atmen wir dort saubere Luft, wenn wir dort hinziehen. Ich finde, wir sollten uns zum Ziel setzen, dass wir dies auch erreichen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will es jetzt nicht mehr ganz so lang machen, weil vieles ja auch schon gesagt worden ist, vielleicht aber noch zu den Punkten des CDU-Antrags! Zum ersten Punkt, das waren die Reisebusse im Gelegenheits- und Linienverkehr, ist eigentlich genug gesagt worden. Mehrere Städte, die die Umweltzone eingeführt haben, dazu gehören auch München, Berlin, Hannover, Augsburg und Stuttgart, haben sich verständigt, zum 31. Dezember 2011 diese Ausnahmegenehmigung auslaufen zu lassen. Da befinden wir uns in sehr guter Gesellschaft und sollten eben nicht Gefahr laufen, dass die Stinker zu uns kommen, während die sauberen Fahrzeuge in die anderen Städte fahren. Ich fürchte, die Stadt Leipzig muss damit rechnen, weil sie tatsächlich aus dieser Linie ausgeschert ist. Dort werden dann die Fahrzeuge hinfahren, die wir hier nicht sehen wollen.

Die Ausnahmeregelung für Parkhäuser war von vornherein als befristete Übergangsregelung konzipiert. Es besteht keine Veranlassung, daran etwas zu ändern. Man kann die Innenstadt auch nach wie vor erreichen. Man kann auf der Bürgerweide parken und sich von dort in die Innenstadt bewegen, wenn man denn wirklich keinen entsprechenden Pkw hat. Wobei ich auch sagen muss, im Bereich der Pkw-Flotte haben wir schon über 90 Prozent nachgerüstete Fahrzeuge. Das heißt, so viele Nachzügler gibt es dort nicht mehr. Dass das die kaufkräftigsten Kundengruppen sind, die dann hier im Einzelhandel vermisst werden, wage ich auch zu bezweifeln. Das heißt, ich glaube, dass auch diese Forderung nicht gerechtfertigt ist.

Die Regelungen für Hotelgäste und Wohnmobile haben sich auch bewährt und bleiben dauerhaft erhalten. Wie gesagt, die Umweltzone wurde nicht nur wegen des Feinstaubes, sondern auch wegen der Stickoxide eingeführt. Sie ist kein Selbstzweck! Wir gehen davon aus, dass sie im Laufe der Jahre überflüssig wird, weil wir die Luftqualitätsziele erreichen, und in naher Zukunft wird es auch die Fahrzeuge wahrscheinlich nicht mehr geben. Zum jetzigen Zeitpunkt würde eine Abschaffung der Umweltzone zu einer Verfehlung der Ziele der Luftreinhalteplanung führen und zur Bestrafung und Ungleichbehandlung.

Auch das ist schon gesagt worden, ich betone das aber noch einmal: Viele haben im Vertrauen auf die Gültigkeit dieser Regelung investiert. Wir würden in den Wettbewerb eingreifen und ihn verzerren, wenn wir jetzt diejenigen belohnen, die es ausgesessen haben und beim letzten Fahrzeugkauf ein Schnäppchen geschlagen haben, auch wenn da die Umweltzone schon absehbar war - ich habe gesagt, welchen Vorlauf die Diskussion schon hat -, anstatt schon eine zukunftsgerichtete Investitionsentscheidung bei ihrem Kraftfahrzeug zu fällen. Deswegen wird die Umweltzone aus unserer Sicht bleiben, sie sollte bleiben.

Ein Wort noch zum Concordia-Tunnel! Herr Strohmann, dass Sie in Aussicht stellen, dass Sie zu dem Thema dann ruhig sein wollen, reizt einen ja doch, sich darauf zu freuen, noch etwas dazu zu sagen. Nachdem ich hier am 30. Juni mein Amt angetreten habe, habe ich gesagt, nach der Sommerpause, wenn wir nicht den Urlaubsverkehr, sondern den regulären Verkehr haben, werden wir für einige Wochen das Verkehrsgeschehen dort beobachten. Ich bemühe mich herauszufinden, welche realen Probleme dort tatsächlich bestehen. Ich bin da noch nicht besonders fündig geworden. Ich sage das auch ganz deutlich. Es gibt möglicherweise bestimmte Dinge hier und da, und wenn es Probleme gibt, dann werden wir sie lösen. Das werden wir aber wahrscheinlich bei der nächsten Gelegenheit noch einmal miteinander diskutieren. - Vielen Dank!

> (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, Herr Strohmann erhält das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. **Strohmann** (CDU): Entschuldigung, ich bin neu im Parlament und kenne die Gepflogenheiten nicht so, ich habe etwas vergessen. Wir beantragen, dass die Ziffern unseres Antrags getrennt abgestimmt werden.

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Der Kollegen Strohmann hat eben getrennte Abstimmung beantragt.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Ziffer 1 des Antrags der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/30 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt die Ziffer 1 ab.

Jetzt lasse ich über die Ziffer 2 abstimmen.

Wer der Ziffer 2 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt die Ziffer 2 ab.

Nun lasse ich über die Ziffer 3 abstimmen.

Wer der Ziffer 3 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt die Ziffer 3 ab.

Zum Schluss lasse ich über die Ziffer 4 abstimmen.

Wer der Ziffer 4 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt die Ziffer 4 ab.

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bildung

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 2 vom 21. September 2011

(Drucksache 18/32 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen oder noch einen arbeitsreichen Abend.

(Schluss der Sitzung 17.14 Uhr)